

## V. Griechenland: Gratwanderung zwischen dem Balkan und dem Westen

Christos Katsioulis

### 1. Der Kontext

#### 1.1 Außenpolitische Identität

Die griechische Identität ist stark von der historischen Verarbeitung geopolitischer Faktoren – wie der europäischen Randlage des Landes – und den gesellschaftlich wahrgenommenen Bedrohungen in der eigenen Nachbarschaft geprägt. Die hier zugrunde gelegten außenpolitisch relevanten Elemente der griechischen Identität (vgl. Abbildung 1) wurden aus den Diskursen um den Beitritt Griechenlands zur EG (1976-1979) und um die Politik gegenüber dem Nachbarstaat Mazedonien (Former Yugoslav Republic of Macedonia, FYROM) (1992-1995) gewonnen (vgl. Katsioulis 2003b).<sup>1</sup> Die Identität ist charakterisiert durch die Betonung der eigenen Zugehörigkeit zum Westen, der eigenen Rolle in der internationalen Politik, die als passiv wahrgenommen wird sowie der Eigenständigkeit der griechischen Kultur. Das Element *Griechenland als bedrohter Außenseiter* war in beiden Diskursen wirksam, kam jedoch im Streit um die Mazedonienpolitik stärker zum Tragen als in der EG-Debatte. Letztere wurde eher dominiert vom Element *Griechenland als Teil des Westens*, das 20 Jahre später bereits eine leichte Umdeutung erfahren hatte und hier eher als *Griechenland als Teil Europas* fungierte.

Dieses Identitätselement bildet auch den argumentativen Kern der modernistisch-europäischen Diskursformation, die sich zudem auf das Element *Griechenland als unabhängiger Staat/Griechenland als Spielball großer Mächte* bezieht. Diese Diskursformation dominierte die Debatte um den Beitritt zur EG. Die beiden anderen Elemente, *Griechenland als eigenständige Kulturnation* und *Griechenland als unabhängiger Staat/Griechenland als Spielball großer Mächte*, spielten ebenfalls in beiden Diskursen eine wichtige Rolle, wobei das erstere Element im Diskurs um den Namen der ehemaligen jugoslawischen Nachbarrepublik eine große Bedeutung erlangte. Insgesamt erscheint die griechische Identität trotz der bisweilen erratisch anmutenden Außenpolitik eher stabil. Die beiden letztgenannten Identitätselemente sind die wichtigsten Referenzpunkte für die antiamerikanisch-nationale Diskursformation, die in den Diskussionen um den Zerfallsprozess Jugoslawiens und besonders um die Namensgebung Mazedoniens hegemonial war. Diese Diskursformation zeichnet sich im Unterschied zur modernistisch-europäischen durch ihren eher introvertierten Charakter aus. Modernistisch-europäische Argumentationsmuster

1 Für eine Rekonstruktion der griechischen Identität aus der Geschichte vgl. Veremis/Koliopoulos (2003) sowie Carras (2003) und die darin angegebene Literatur.

thematisieren in deutlich stärkerem Maße die Abhängigkeiten und Interdependenzen der griechischen Außenpolitik sowie die daraus entstehenden Handlungsspielräume. Im Diskurs um den griechischen Beitrag im Kosovo, der an die noch frischen Diskussionen um Mazedonien rührte, sind die Bezugspunkte zu dieser Identitätskonstruktion ebenfalls gut zu beobachten.

Abbildung 1) Die griechische Identitätskonstruktion (Darst. d. Verf.)

	<b>Antiamerikanisch-nationale Diskursformation</b>	<b>Modernistisch-europäische Diskursformation</b>
Identitätselemente	GR als eigenständige Kulturnation; GR als unabhängiger Staat (GR als Spielball großer Mächte); GR als bedrohter Außenseiter	GR als Teil des Westens; GR als Teil Europas; GR als unabhängiger Staat (GR als Spielball großer Mächte); GR als bedrohter Außenseiter
Argumentationsmuster	GR als Bruderland Serbiens; besondere Verantwortung von GR für Frieden; GR als Marionette der USA und Deutschlands – ebenso wie Serbien; nationale Souveränität als zentraler Wert gr. Politik; GR als orthodoxer Außenseiter in der EU	Zugehörigkeit zu Europa bringt Gestaltungsmöglichkeiten, zuverlässiger Partner; Teil der Lösung; GR als Teil der Wertegemeinschaft des Westens; GR als Teil der int. Institutionen und Initiator einer Lösung
Handlungsempfehlungen	Austritt aus der NATO oder Veto gegen Einsatz; Unterstützung Serbiens; Herausstellen der nationalen Souveränität im Völkerrecht	Verhalten entsprechend der Mitgliedschaft in der int. Gemeinschaft; konstruktive Suche nach einer Lösung gemeinsam mit Europa; Brücke zwischen Balkan und Europa bilden
Diskursträger	Orthodoxe Kirche; KKE; Synaspismós; DÍKKI	PASOK; Nea Dimokratia

## 1.2 Diskursstruktur

Die griechische Verfassung, die nach dem Sturz der Junta 1974 von der Nationalversammlung verabschiedet wurde, orientierte sich ausgiebig an westeuropäischen Vorbildern. Sie ist weitgehend an die französische Verfassung der V. Republik angelehnt, aber es finden sich darin auch Teile des deutschen Grundgesetzes wieder. Die wichtigsten politischen Akteure sind das Parlament, die Regierung, der Präsident und die staatliche Administration, aber auch die Parteien, Verbände und Gewerkschaften (vgl. Tsakalidis 1999: 17). Der Umstand, dass es seit 1974 mehrere friedliche Regierungswechsel gegeben hat, spricht für eine politische Reife des gegenwärtigen griechischen Systems, die es seinen Vorgängern voraus hat.

Das Parlament ist die höchste politische Institution des Landes. Es wählt und kontrolliert die Regierung, es wählt den Staatspräsidenten und verabschiedet die

Gesetze (vgl. Korisis 1981: 65-70). Außenpolitische Fragen werden hier grundsätzlich und in großer Ausführlichkeit diskutiert. Diese Debatten werden in der griechischen Öffentlichkeit aufmerksam verfolgt, auch weil es dabei immer wieder zur sehr heftigen Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition kommt.

Der Präsident der griechischen Republik hat eine ordnende Funktion im politischen System. Er hatte ursprünglich das Recht, das Parlament aufzulösen und Neuwahlen anzuberaumen. Diese Kompetenzen wurden aber von der ersten Regierung unter Andreas Papandreu eingeschränkt. Seitdem nimmt der Präsident – ähnlich dem deutschen Bundespräsidenten – vornehmlich repräsentative Aufgaben wahr (vgl. Tsakalidis 1999: 20-21). Aufgrund seiner von der Parteipolitik abgehobenen Position, die bislang auch von den meisten Präsidenten gepflegt wurde, findet er in der Außenpolitik vornehmlich dann Gehör, wenn es um wichtige Themen für die nationale Sicherheit Griechenlands geht. In solchen Situationen kommt es häufiger zur Intervention des Präsidenten, indem er als überparteiliche Instanz Vertreter aller politischen Richtungen zusammenbringt (vgl. Dalis/Valinakis 1996: 85-86).

Im Gegensatz zu Deutschland ist in Griechenland das gesamte Kabinett für die Richtlinien der Politik verantwortlich. Aufgrund der hohen Zahl der Minister hat dort aber eine Spezialisierung stattgefunden. Für die Außenpolitik bedeutet dies, dass vor allem der Ministerpräsident, sein Außenminister sowie der Verteidigungsminister bestimmend sind (vgl. Sarantidou 2000: 114-116). Diese sind zugleich die wichtigsten Diskursträger in den innenpolitischen Debatten über Außenpolitik.

Der ausschließliche Fokus auf die Verfassungstheorie definiert jedoch den Kreis der „*privileged storytellers*“ nicht in erschöpfender Weise. Vielmehr gilt es hierzu ergänzend die internen Parteistrukturen, die Rolle der orthodoxen Kirche und die Medienlandschaft zu berücksichtigen. Die interne Struktur der griechischen Parteien wird oft als autoritär und straff organisiert beschrieben, wobei von „innerparteilicher Demokratie“ nicht die Rede sein kann (vgl. Clogg 1987; Featherstone 1990; Doukas 1993; Pappas 2003; Lyrantzis 2005). Die einzige Ausnahme bildet interessanterweise die Kommunistische Partei Griechenlands (Kommounistikó Kómma Elládas, KKE), der bescheinigt wird, dass sie ihre eigenen Satzungen ernst nimmt und sich auch formal danach richtet. Für die anderen Parteien galt dagegen bis in die Mitte der 1990er Jahre, dass sie in ihren Statuten, ihrem Programm und ihrem Profil einzig und allein der Person des Vorsitzenden verpflichtet waren (vgl. Tsakalidis 1999: 22-24). Die Vorsitzenden entschieden gemeinsam mit einem Kreis von Vertrauten über die Themen für die Parteitage, legten die Termine dafür fest und bedienten sich gerne und häufig des Mittels des Parteiausschlusses, um einer möglichen innerparteilichen Opposition frühzeitig den Wind aus den Segeln zu nehmen. Die Personalisierung des griechischen Parteiensystems ging so weit, dass von einer Form des Klientelismus gesprochen wird (vgl. Richter 1984: 151-155), mit der die Vorsitzenden ihre Parteien führen. In ihrer Person vereinigen die Parteivorsitzenden zugleich das Amt des Vorsitzenden der parlamentarischen Gruppe und des Regierungschefs (sofern die Partei die Regierung innehat). Aufgrund dieser Kompetenzen können sie über die Besetzung aller höheren Posten mitbestimmen und sich dergestalt die

Loyalität der Parteimitglieder sichern (vgl. Sarantidou 2000: 119-122). Für die Diskursanalyse bedeutet dies, dass innerparteiliche Kommunikation nur sehr wenig ins Gewicht fällt, da Entscheidungen und ihre Begründungen von der Spitze wahrgenommen werden. Eine Analyse griechischer Diskurse kann sich deshalb in Bezug auf die Parteien auf deren Vorsitzende und engste Mitarbeiter beschränken.

Die orthodoxe Kirche nimmt in Griechenland eine herausragende gesellschaftliche Stellung ein. Die hängt zum einen damit zusammen, dass beinahe 95 Prozent aller Griechen orthodoxen Glaubens sind, zum anderen mit ihrer historischen Rolle bei der Tradierung der griechischen Kultur und Sprache während der Osmanenherrschaft (vgl. Sarantidou 2000: 126-127). Durch die Bewahrung griechischer Traditionen und die aktive Teilnahme am Befreiungskampf 1821 hat sich die orthodoxe Kirche einen innergesellschaftlichen Nimbus geschaffen (vgl. Makrides 1991). Dieser geht so weit, dass die Konzepte „Orthodoxie“ und „Nation“ sogar als deckungsgleich angesehen werden (vgl. Stavrou 1995: 39). Trotz der politischen Versuche einer Säkularisierung der griechischen Gesellschaft (Einführung der Zivilehe oder Entkriminalisierung des Ehebruchs) durch die Gesamtgriechische Sozialistische Bewegung (Panellinio Sosialistikó Kínima, PASOK) änderte sich nichts am politischen Einfluss der Kirche in Griechenland.<sup>2</sup> Ihr politischer Anspruch artikuliert sich auch in der vom „Erzbischof von Athen und Ganz Griechenland“ (Oikonomou 1993) Christodoulos beanspruchten Titel des „Ethnarchen“ (Volksführer) (vgl. Zervakis 2001: 347-348) und in dem Versuch, eine politische Heimstatt für Modernisierungsgegner zu werden (vgl. Papagiannopoulos 1999: 29). Für die Anwendung der Diskursanalyse auf Griechenland bedeutet dies, dass die Äußerungen aus der orthodoxen Kirche verstärkte Beachtung verdienen, obwohl sich ihre Bedeutung nicht direkt im institutionellen Gefüge niederschlägt.

Die Entwicklung der griechischen Massenmedien nach dem Sturz der Junta war eng mit der Entwicklung des parteipolitischen Systems verbunden. Wie in anderen Staaten sollen auch in Griechenland die Medien die Bürger informieren und eine Kontrollfunktion gegenüber der Politik wahrnehmen. Allerdings haben sich zwischen den Parteien und den Medien Affiliationen entwickelt, die eine effektive Kontrolle durch Massenmedien erschweren. So haben sich insbesondere im Printbereich zwischen einzelnen Blättern und Parteien „Symbiosen“ gebildet. Diese haben den Zweck, einerseits die politischen Inhalte der einzelnen Partei an die Öffentlichkeit zu tragen und andererseits den Zeitungen eine stabile Leserschaft (und damit Käuferschaft) zu sichern (vgl. Paraschos 1995: 254). Dies wird auch als Übertragung des Klientelismus auf die Medienlandschaft interpretiert (vgl. Tsakalidis 1999: 73). Erst gegen Ende der 1980er Jahre bildeten sich Zeitungen heraus die gewinnorientiert arbeiten und sich eine Unabhängigkeit von den Parteien gesichert haben. Dies sind die auflagenstärksten Blätter, die in Athen oder Thessaloniki herausgegeben werden:

2 Vgl. auch Gstrein, Heinz: *Orthodoxie oder Tod? Die gesplaltene Identität der griechischen Moderne*, in: Neue Zürcher Zeitung, 6. Oktober 2001, S. 88.

Ta Nea, Eleutherotopia, To Vîma, Kathîmerinî.<sup>3</sup> Dies sind auch die wenigen Zeitungen, die landesweit gelesen werden. Für die Diskursanalyse bedeutet dies, dass bei der Einbeziehung der Presse die Konzentration auf diesen Blättern liegen muss.

### 1.3 Griechische Sicherheitspolitik und Jugoslawien<sup>4</sup>

Griechische Regierungen, gleich welcher Couleur, haben Außenpolitik in den sehr unterschiedlichen Phasen der Nachkriegszeit (Bürgerkrieg, Diktatur, Demokratie) primär als Sicherheitspolitik verstanden. Konstant ist daher die Bindung zum Westen und hier spezifisch zu den USA, was einerseits in der NATO-Mitgliedschaft und andererseits in den zahlreichen US-Basen in Griechenland zum Ausdruck gekommen ist. Die zweite Konstante griechischer Außenpolitik ist die Ausrichtung am griechisch-türkischen Verhältnis. Die Beziehungen zum großen Nachbarn – beide Länder standen schon öfter am Rande eines Krieges – bilden immer noch ein Leitmotiv der Entscheidungsträger in Athen.

Griechenland bevorzugt diplomatische Verhandlungen und seine Einbindung in internationale Institutionen als außen- und sicherheitspolitische Instrumente. Das Land verfügt über eine relativ große Armee zur Landesverteidigung, beteiligt sich zunehmend an Auslandseinsätzen der NATO und der EU und hat die Initiative für eine südosteuropäische Battle Group im Rahmen der ESVP übernommen.

Hinsichtlich des Verhaltens in Institutionen zeigt sich eine Ambivalenz, die allerdings in den letzten Jahren einen Trend hin zu vergemeinschaftetem Handeln aufweist. Griechenland hat sich zwar immer schon um Teilhabe und Mitwirkung in internationalen Institutionen bemüht (UN, NATO und EG/EU), deren Regeln allerdings nicht immer geachtet. Das extremste Beispiel ist das unilaterale Embargo gegen FYROM durch den damaligen EU-Ratspräsidenten Griechenland 1994.

„Greek history in the Balkans during the twentieth century is traumatic and tumultuous“ – dieser Befund von Tziampiris (2003: 136) kam auch in der nachhaltigen Verunsicherung sowohl der Eliten als auch der Bevölkerung angesichts der kriegerischen Auseinandersetzungen in der unmittelbaren Nachbarschaft 1992-1995 zum Ausdruck. Da die Jugoslawien-Kriege mittelbar als Bedrohung der griechischen territorialen Integrität aufgefasst wurden, findet sich eine Vielzahl hochsymbolischer Akte der Regierungen, die mehr die innenpolitische Stimmung reflektierten als dass sie auf eine Lösung des Konfliktes zielten. Darüber hinaus strebte Griechenland insbesondere durch Unterstützung der UN und der EU danach, zu einer Befriedung der Region beizutragen. Zugleich versuchte Athen, seine „guten Kanäle“ nach Belgrad

3 Die genannten Blätter decken damit praktisch das gesamte politische Spektrum ab. Die Parteizeitung der KKE „Ρηζοσπάστis“ (Rizospastis – Der Radikale) kann dabei vernachlässigt werden, da sich ihre Positionen mit den Darstellungen der Partei decken, vgl. hierzu Tsakalidis (1999: 73).

4 Dieser Abschnitt ist eine Zusammenfassung der ausführlichen Studie von Katsioulis (2003a).

im Sinne einer Verhandlungslösung zu nutzen.<sup>5</sup> Dieses Engagement konterkarierte Athen dann geradezu mit seinem unilateralen Embargo gegen FYROM aufgrund der ungeklärten Namensfrage 1994, das erst ein Jahr später wieder beendet wurde und auch die Rückkehr Griechenlands zu multilateralen Foren signalisierte (vgl. Katsiou-lis 2003b; Roudometof 1996). Der Konflikt mit FYROM bestimmte das griechische Verhalten in der gesamten Phase bis 1995; auch die Bemühungen in der EU wurden darauf ausgerichtet. Hierbei versuchten die Regierungen, Brüssel für die griechischen Ziele einzuspannen, was auch teilweise funktionierte. Aufgrund des Einstimmigkeitsgebots in der GASP und der NATO war der Westen in dieser Phase zu keiner konstruktiven Politik gegenüber Mazedonien fähig, was den allgemeinen Eindruck der Machtlosigkeit und Inkonsequenz der westlichen Balkanpolitik verstärkte.

In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre und insbesondere im Kosovo-Krieg zeigte sich Athen deutlich konstruktiver und stellte die EU als zentrale Institution für die Lösung in den Vordergrund. Aufgrund seiner Nähe zu den Konfliktgebieten und den guten Beziehungen zu Belgrad weigerte sich Griechenland zwar, einen direkten militärischen Beitrag zur Konfliktbeilegung zu leisten, unterstützte aber die NATO bei ihren Luftschlägen passiv und beteiligte sich dann an der KFOR.

## 2. Der griechische Kosovo-Diskurs

Als Balkanstaat nahm Griechenland eine besondere Position in der EU ein, was in extremis bereits im Kontext der Anerkennungsfrage Mazedoniens (1992-1995) zum Ausdruck gekommen war. Griechenland war das einzige NATO- und EU-Mitgliedsland, das sich explizit gegen die Luftschläge ausgesprochen hatte, ohne allerdings im NATO-Rat ein Veto auszusprechen. Es stellt sich die Frage, wie diese vergleichsweise besondere Positionierung gerechtfertigt wurde (Verhaltensrätsel).

Der innenpolitische Kontext des Untersuchungszeitraums ist geprägt von einer europaweit einzigartigen Parteinahme der griechischen Bevölkerung für Serbien und Auseinandersetzungen um die Politik der Regierung. Der Regierungskurs des Primats einer Verhandlungslösung samt Fügung in die Unausweichlichkeit der NATO-Schläge wurde dabei von der wichtigsten Oppositionspartei, der Neuen Demokratie (Nea Dímokratia, ND), weitgehend mitgetragen, wohingegen er in der Bevölkerung und auch bei den kleineren Parteien KKE, Synaspismós (SYN) und der Sozialdemokratischen Bewegung (Dimokratikó Kinonikó Kiníma, DÍKKI) auf heftigen Widerstand stieß (vgl. Auernheimer 1999: 390). Es wird der Frage nachzugehen sein, wie die Verteidiger des Regierungskurses dieser heftigen Kritik begegneten und sich letztlich durchzusetzen vermochten (Diskursrätsel).

5 Griechenland war das proserbischste aller EU-Länder, was sich u. a. darin niederschlug, dass griechische Freiwilligenverbände an der Seite der bosnischen Serben kämpften, vgl. Michas (2003).

## 2.1 Der Diskurs

In Griechenland war die Beschäftigung mit dem Kosovo vor dem Beginn der Bombenangriffe sehr gering. Zudem war der politische Diskurs im Januar und Februar 1999 von der Öcalan-Affäre<sup>6</sup> bestimmt, was das Thema Kosovo zusätzlich an den Rand drängte.<sup>7</sup> Die Diskursanalyse wird deshalb in zwei chronologische Abschnitte gegliedert. Der erste beginnt im Februar 1998 und endet mit dem Beginn der NATO-Angriffe. Er ist weitgehend von der Regierungsrhetorik dominiert. Der zweite Abschnitt umfasst den Zeitraum der Bombenangriffe, als das Kosovo zu einem beherrschenden Thema in Griechenland wurde und sich beinahe über den gesamten zweiten Untersuchungszeitraum hinweg auf den Titelseiten der wichtigsten Zeitungen hielt.<sup>8</sup> Die beiden wichtigsten Fragen, die dabei in der griechischen Öffentlichkeit diskutiert wurden, waren die Möglichkeit der Grenzveränderung auf dem Balkan durch eine mögliche Unabhängigkeit des Kosovo und der Militäreinsatz der internationalen Gemeinschaft, seine Berechtigung, aber auch sein Nutzen.

Eine wichtige Rolle spielten die Parlamentsdebatten über das Kosovo vom 31. März 1999 und über die „neue NATO“ vom 3. Mai 1999, aber auch andere Diskursbeiträge von Entscheidungs- und Amtsträgern werden berücksichtigt. Hinzu kommen die Kommentare der griechischen Zeitungen und Zeitschriften, die vor dem Hintergrund der Ablehnung des Einsatzes in der Bevölkerung ein breites Meinungsspektrum wiedergeben.

Die wichtigsten Diskursträger in der Regierung waren der Ministerpräsident Kôstas Sîmitîs, der Außenminister Theodôros Pagkalos, der wegen einer Affäre um den Kurdenführer Abdullah Öcalan am 16. Februar 1999 zurücktrat, sein Nachfolger Geôrgios Papandreou und der Verteidigungsminister Akîs Tsochatzopoulos (alle PASOK). Bei den übrigen Parteien stehen insbesondere die Parteiführer im Vordergrund, respektive Kôstas Karamanlîs (der Neffe des früheren Ministerpräsidenten und Präsidenten Kôstas Karamanlîs), der als Vorsitzender der stärksten Oppositions-

6 Am 15. Februar 1999 war Abdullah Öcalan, der Führer der kurdischen Arbeiterpartei (Partiya Karkerên Kurdistan, PKK) in Kenia aufgegriffen und in die Türkei überführt worden. Im Nachhinein wurde bekannt, dass sich Öcalan zuvor in Athen aufgehalten hatte und in Nairobi mehr als zehn Tage in der griechischen Botschaft beherbergt worden war. Außenminister Theodôros Pagkalos, Innenminister Alekos Papadopoulos und der Minister für Öffentliche Ordnung, Philippos Petsalnikos, mussten daraufhin zurücktreten, vgl. u. a.: *Drei griechische Minister reichen Rücktritt ein*, in: Berliner Zeitung, 19. Februar 1999, <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/1999/0219/none/0158/index.html> [14.11.2008].

7 Vgl. dazu das Interview von Kôstas Sîmitîs im Fernsehsender MEGA Channel am 3. Februar 1999, bei dem auch Fragen von Bürgern gestellt werden konnten, aber der Konflikt in der naheliegenden Region mit keinem Wort zur Sprache kam, <http://www.greekembassy.org/em-bassy/content/en/Article.aspx?office=3&folder=279&article=3639> [14.11.2008].

8 Die Wochenzeitung *To Bîma* platzierte vom 27. März 1999 bis zum 13. Juni 1999 den Kosovo-Konflikt bei zehn Ausgaben auf dem Titelblatt (bei insgesamt zwölf Ausgaben). Die Tageszeitung *Ta Nea* brachte den Konflikt zwischen dem 24. März 1999 und dem 12. Juni 1999 54 mal auf der Titelseite (bei insgesamt 65 Ausgaben). Ähnliche Zahlen finden sich auch bei den übrigen überregionalen Blättern.

partei ND herausragte, sowie Aleka Paparîga (KKE), Nikolaos Kônstantopoulos (SYN) und Dîmitrios Tsobolas (DÎKKI). Neben diesen parteigebundenen Akteuren wurde der Diskurs, insbesondere nach dem Beginn der NATO-Luftschläge, auch von Vertretern der gesellschaftlichen Elite geprägt. Insbesondere der Erzbischof von Athen und Ganz Griechenland Christodoulos und einige Künstler spielten dabei zentrale Rollen. Der modernistisch-europäischen Diskursformation gehörten die PASOK (anders als in der Mazedonien-Frage, wo sie unter Andreas Papandreou noch der antiamerikanisch-nationalen Diskursformation zuzuordnen war) sowie die ND an, während KKE und v. a. die orthodoxe Kirche antiamerikanisch-national argumentierten.

### 2.1.1 Vor dem Beginn der Luftangriffe – der Diskurs schwelt

Die Auseinandersetzungen zwischen Serben und Kosovo-Albanern fanden in Griechenland nur sehr geringe Beachtung. Die in der griechischen Öffentlichkeit lange angekündigten Probleme dieser Region überraschten niemanden ernsthaft und wurden weitgehend ignoriert. Lediglich im wissenschaftlichen Diskurs wurde dem Konflikt verstärkte Aufmerksamkeit geschenkt.<sup>9</sup> Dennoch zeichneten sich schon in dieser Phase die Fronten zwischen Befürwortern eines Eingriffs der internationalen Gemeinschaft und den Gegnern ab, die sich in der Phase der Luftangriffe noch verhärteten sollten. Zu den Befürwortern zählten vor allem die Regierung und die stärkste Oppositionspartei ND.<sup>10</sup>

Die Konfliktsicht der modernistisch-europäischen Diskursformation stellte im März 1998 der stellvertretende Außenminister Geôrgios Papandreou exemplarisch dar. Er bezeichnete den Konflikt als Bedrohung für die Sicherheit in der weiteren Region. Eine Ausweitung der Gefechte zu einem Bürgerkrieg oder Krieg sei eine immense Gefahr für alle Balkanstaaten, da diese in den Konflikt verwickelt werden könnten. Auch die ökonomischen Folgen würden katastrophal sein und die Entwicklung der Region um Jahre zurückwerfen. Dabei machte Papandreou keine der Konfliktparteien allein für die Eskalationen verantwortlich, sondern verwies auf die beiderseitigen Gewalttaten. Dennoch betonte er, dass Milošević nun in der Pflicht stünde, die Vorschläge der Kontaktgruppe umzusetzen.<sup>11</sup> Auch der griechische Außenminister Pagkalos äußerte sich im Januar 1999 noch zurückhaltend hinsichtlich der Verantwortlichen für den Konflikt. Seiner Ansicht nach wendete die jugoslawische Armee ebenso wie die albanische UÇK Gewalt an, und müsse dafür

9 Vgl. so etwa Veremis (2000a, 2000b) und Veremis/Triantaphyllou (1999).

10 Vgl. zu dieser Einschätzung auch Auernheimer, Gustav: *Transit zum Bodenkrieg*, in: Freitag, 30. April 1999, <http://www.freitag.de/1999/18/99180402.htm> [8.10.2008].

11 Vgl. Papandreou, Geôrgios: *Speech of the Alternate Minister of Foreign Affairs*, Athen, 31. März 1998, <http://www.papandreou.gr/papandreou/content/Document.aspx?d=6&rd=7739474&f=1359&rf=1307755822&m=2859&rm=22518427&l=1> [8.10.2008].

gleichermaßen zur Verantwortung gezogen werden.<sup>12</sup> Griechenlands Rolle im Konflikt – so der Ministerpräsident Simitis – sei bestimmt durch die Zugehörigkeit des Landes zu Europa. Als gleichberechtigtes Mitglied in der Gruppe der höchst entwickelten Staaten der Welt sei Griechenland nicht mehr Teil des Problems auf dem Balkan, sondern Teil der Lösung. Das Land sei ein Faktor der Stabilität und des Friedens in der Region.<sup>13</sup> Die Herangehensweise der internationalen Gemeinschaft in Form von internationalen Institutionen (Kontaktgruppe, NATO) sei das richtige Mittel, um die Schaffung von Einflusszonen und „bevorzugten Partnern“ auf dem Balkan zu vermeiden – wie es in der Vergangenheit zu oft geschehen sei. Die angestrebte Konfliktlösung mit ausgeweiteter Autonomie für die kosovo-albanische Bevölkerung wurde von der griechischen Regierung unterstützt.

Daneben war Papandreou Handlungsempfehlung ein geschlossenes Auftreten der Balkanstaaten, um gegenwärtige und zukünftige Bedrohungen gemeinsam meistern zu können.<sup>14</sup> Der Staatssekretär im Außenministerium, Iannos Kranidiotis, erweiterte diese Forderung noch, indem er sich für den langfristigen Beitritt aller Balkanstaaten zur EU aussprach und betonte, dass die Zukunft der Region nur dort liegen könnte. Allerdings müssten sich die Staaten der Region erst noch durch eine verstärkte innerregionale Kooperation qualifizieren. Die Hauptforderung der griechischen Regierung war – ebenso wie schon im Mazedonien-Konflikt – die unbedingte Unantastbarkeit der Grenzen auf dem Balkan. Eine Lösung des Konfliktes im Kosovo müsse deswegen innerhalb der Jugoslawischen Föderation gesucht werden.<sup>15</sup> Kranidiotis betonte, dass Griechenland in seiner Doppelrolle als Mitglied der westlichen Gemeinschaft (EU, NATO) und als Balkanstaat eine stabilisierende Mittlerrolle einnehmen könne und bereit sei, zur Normalisierung der Situation im Kosovo beizutragen.<sup>16</sup> Die griechische Regierung betrieb laut Verteidigungsminister Tsochatzopoulos eine Politik des Friedens, der Sicherheit und Stabilität in der Region. Sie unterstütze stets die friedliche Lösung der Krise und verweigere sich jedem Einsatz militärischer Gewalt. Den Drohungen der NATO habe sie auch nur zugestimmt, weil diese die einzige Möglichkeit bedeuteten, eine friedliche Lösung zu

12 Vgl. Pagkalos, Theodóros: *Keynote Address*, Konferenz: Recent Developments in the Kosovo Region: Strategies and Options for a Peaceful Solution, Athen, 22. Januar 1999, abgedr. in: Veremis/Triantaphyllou (1999: 74).

13 Vgl. Simitis, Kóstas (PASOK): *Redebeitrag im Parlament*, Protokolle des Parlaments, Wahlperiode Th, Sitzung G, Tagung fA, 5. März 1999, S. 5024.

14 Vgl. Papandreou, Geórgios: *Konferenzbeitrag*, Konferenz: Security and Conflict Prevention in Southeastern Europe: Addressing the Albanian Dimension, Athen, 27. März 1998, abgedr. in: Veremis/Triantaphyllou (1999: 169-174).

15 Vgl. Kranidiotis, Iannos: *Konferenzbeitrag*, Konferenz: Security and Conflict Prevention in Southeastern Europe: Addressing the Albanian Dimension, Athen, 27. März 1998, abgedr. in: Veremis/Triantaphyllou (1999: 196-198).

16 Vgl. Kranidiotis, Iannos: *Konferenzbeitrag*, Konferenz: Security and Conflict Prevention in Southeastern Europe: Addressing the Albanian Dimension, Athen, 27. März 1998, abgedr. in: Veremis/Triantaphyllou (1999: 201).

erwirken, wie es auch mit dem Milošević-Holbrooke-Abkommen geschehen sei, so der Minister im November 1998.<sup>17</sup>

Der Staatssekretär Kranidiotis begrüßte ausdrücklich die Initiativen der internationalen Gemeinschaft als Ganzes in Form der Kontaktgruppe und betonte die breite Legitimationsbasis, die dadurch entstünde.<sup>18</sup> Als wichtigste Begründung für das Engagement wurde die Anerkennung der Menschenrechte genannt, die nicht nur eine innerstaatliche, sondern auch eine internationale Bedeutung hätten. Diese Position behielt die Regierung über den gesamten ersten Untersuchungszeitraum hinweg bei. So betonte der Außenminister Pagkalos im Januar 1999: „Human rights are no longer a matter for each nation state. They are an international problem. We are all answerable to everyone else.“<sup>19</sup> Die Wahrnehmung der Menschenrechtsproblematik als internationales Problem sei eine langfristige Entwicklung, an der Griechenland teilhaben müsse, um die Verrechtlichung der internationalen Beziehungen nicht zu gefährden und seine moralisch und rechtlich höhere Position im Vergleich zur Türkei beizubehalten.<sup>20</sup> Dennoch dürfe die staatliche Souveränität insbesondere hinsichtlich der Grenzen nicht verletzt werden. Diese Souveränität sei auch der langfristige Garant für Sicherheit und Stabilität auf dem Balkan, denn wenn den Unabhängigkeitsbestrebungen der Albaner im Kosovo nachgegeben werde, öffne man die Büchse der Pandora und entlasse wieder den Geist des ungezügelter Nationalismus auf dem Balkan, der schon zu viele Konflikte heraufbeschworen hätte.<sup>21</sup>

Die Einladung der Kontaktgruppe an die Balkanstaaten, ihre Meinung einzubringen, nannte Papandreou eine wichtige Maßnahme für eine geschlossene Herangehensweise aller Betroffenen. Die Zeit der selektiven Einflussnahme mächtiger Staaten auf dem Balkan sei vorbei. Die Probleme der Region erforderten eine gemeinsame Strategie der internationalen Gemeinschaft unter Einschluss der Staaten der Region.<sup>22</sup> Neben der Kontaktgruppe sollte nach Ansicht der griechischen Regierung die OSZE eine wichtige Rolle bei der Konfliktlösung einnehmen. Wegen der

17 Vgl. die Diskussion der Aktuellen Frage Nr. 223/23.11.98 des Abgeordneten der KKE im griechischen Parlament Charalampos Aggourakis sowie Tsochatzopoulos, Akis (PASOK): *Redebeitrag im Parlament*, Protokolle des Parlaments, Wahlperiode Th, Sitzung G, Tagung LA, 26. November 1998, S. 1719-1720.

18 Vgl. Kranidiotis, Iannos: *Konferenzbeitrag*, Konferenz: Security and Conflict Prevention in Southeastern Europe: Addressing the Albanian Dimension, Athen, 27. März 1998, abgedr. in: Veremis/Triantaphyllou (1999: 201).

19 Pagkalos, Theodoros: *Keynote Address*, Konferenz: Recent Developments in the Kosovo Region: Strategies and Options for a Peaceful Solution, Athen, 22. Januar 1999, abgedr. in: Veremis/Triantaphyllou (1999: 75).

20 Vgl. Papandreou, Georgios (PASOK): *Redebeitrag im Parlament*, Protokolle des Parlaments, Wahlperiode Th, Sitzung G, Tagung KE, 19. November 1998, S. 1416.

21 Vgl. Kranidiotis, Iannos: *Konferenzbeitrag*, Konferenz: Security and Conflict Prevention in Southeastern Europe: Addressing the Albanian Dimension, Athen, 27. März 1998, abgedr. in: Veremis/Triantaphyllou (1999: 198).

22 Vgl. Papandreou, Georgios: *Konferenzbeitrag*, Konferenz: Security and Conflict Prevention in Southeastern Europe: Addressing the Albanian Dimension, Athen, 27. März 1998, abgedr. in: Veremis/Triantaphyllou (1999: 169-174).

erhöhten Eskalationsgefahr im Januar 1999 maß Pagkalos der Verifikationsmission entscheidende Bedeutung sowohl für die Implementation eines Kompromissfindungsprozesses, als auch für die Koexistenz und Verständigung im Kosovo zu.<sup>23</sup> Eine der Regierung sehr ähnliche Position vertrat die größte Oppositionspartei – die ND. Lediglich am innenpolitischen Vorgehen der Regierung übte sie Kritik und forderte einen nationalen Rat für Außenpolitik, der eine Strategie für die Behandlung der „nationalen Themen“ erarbeiten solle. Diese Felder (Balkan, Zypern, Ägäis) seien zu wichtig für Griechenland, als dass sie nur von einer Partei besetzt werden dürften.<sup>24</sup>

Demgegenüber formierte sich schon in dieser Phase der erste Widerstand gegen die Politik der internationalen Gemeinschaft im Kosovo und die Rolle der griechischen Regierung darin. Die wichtigsten Vertreter der Gegner rekrutierten sich aus den kleineren Parteien und aus der orthodoxen Kirche. Ihre Konfliktsicht bezog sich selten auf den Konflikt im Kosovo selbst, sondern setzte erst mit der Aktivierung der NATO als Druckmittel der internationalen Gemeinschaft ein. Sie sahen den Konflikt deswegen nicht primär als Auseinandersetzung zwischen Albanern und Serben im Kosovo, sondern zwischen der NATO und der Bundesrepublik Jugoslawien, mit dem Aufhänger der ethnischen Differenzen in der Region. Damit rekurrten sie auf das klassische Feindbild der antimierikanisch-nationalen Diskursformation. In einer Frage des Abgeordneten der KKE Charalampos Aggourakis an den Außenminister bezüglich der möglichen Teilnahme Griechenlands an einer schnellen Eingreiftruppe der NATO in FYROM wird dies deutlich:

„Mit welchem Recht verwickelt die Regierung das Land in die aggressiven Pläne der NATO außerhalb ihres Gebietes, wenn die betreffenden Aktivitäten von der Regierung der BRJ kategorisch abgelehnt werden und sie noch nicht einmal das verlogene Etikett einer Zustimmung des UN-Sicherheitsrates besitzt?“<sup>25</sup>

Die internationale Gemeinschaft und an ihrer Spitze die NATO (und im griechischen Diskurs damit implizit auch die USA) wurden als Aggressoren gegenüber der Bundesrepublik Jugoslawien angesehen. Die Mittel der Gemeinschaft wurden entsprechend beurteilt. So galten die OSZE-Beobachter lediglich als willkommener Vorwand für einen Einmarsch in das Kosovo. Die Eingreiftruppe der NATO zum Schutz der Beobachter wurde als Invasionsarmee verstanden, die vorsorglich an den Grenzen zum Kosovo stationiert werde.<sup>26</sup> Die Identifikation mit Serbien als Bruder-

23 Vgl. Pagkalos, Theodóros: *Keynote Address*, Konferenz: Recent Developments in the Kosovo Region: Strategies and Options for a Peaceful Solution, Athen, 22. Januar 1999, abgedr. in: Veremis/Triantaphyllou (1999: 75).

24 Vgl. Karamanlis, Kostas (ND): *Redebeitrag im Parlament*, Protokolle des Parlaments, Wahlperiode Th, Sitzung G, Tagung zA, 5. März 1999, S. 5027-5032. Zur Position der ND hinsichtlich der Regionalpolitik Griechenlands vgl. Karamanlis (2000: 7-11).

25 *Aktuelle Frage Nr. 223/23.11.98 des Abgeordneten der KKE im griechischen Parlament Charalampos Aggourakis*, Protokolle des Parlaments, Wahlperiode Th, Sitzung G, Tagung LA, 26. November 1998, S. 1719. Übersetzungen aus dem Griechischen ins Deutsche durch den Verfasser.

26 Vgl. ebd.: S. 1720.

land führte bei dieser Diskursformation zur Übertragung des Identitätselements *Griechenland als Spielball der großen Mächte* auf Serbien (vgl. das Argument des Athener Erzbischofs).

Die auf einer Verteidigung von Menschenrechten basierende Legitimation der NATO wurde als weiterer Vorwand bezeichnet, um dem völkerrechtswidrigen Angriff eine moralische Stütze zu verleihen. Die oberste Legitimationsbasis in dieser Argumentation war die staatliche, in keinem Falle zu verletzende Souveränität. Wörtlich hieß es:

„Wir sind diametral gegen das Recht jedweder Organisation, militärisch in die innenpolitischen Belange eines anderen Landes einzugreifen. Dies verstößt gegen das maßgebliche Prinzip des Völkerrechts, welches der Respekt der nationalen Unabhängigkeit und nationalen Souveränität jedes Staates ist. Ob ein Regime volksfeindlich oder antidemokratisch ist oder dergleichen, soll das Volk entscheiden und es gegebenenfalls umstürzen. Die Pflicht der internationalen Gemeinschaft ist es, mit politischen Mitteln ihre Solidarität mit dem Kampf des Volkes zu signalisieren, wie es während des Kampfes des griechischen Volkes gegen die faschistische Militärdiktatur geschehen ist.“<sup>27</sup>

Als warnendes Beispiel für die möglichen Folgen einer Politik, die das Selbstbestimmungsrecht einer Minderheit über die staatliche Souveränität stelle, wurde die türkische Minderheit in Thrakien angeführt. Diese oft als „fünfte Kolonne der Türkei“ bezeichnete Gruppe würde in naher Zukunft die gleichen Rechte wie die Kosovaren für sich einfordern und damit die Existenz des griechischen Staates aufs Spiel setzen.<sup>28</sup> Die griechische Regierung, so die Handlungsempfehlung, solle sich an den Operationen der NATO auf keinen Fall beteiligen oder diese sogar im Rahmen ihrer Möglichkeiten verhindern, indem sie ein Veto gegen sie einlegt und die Teilnahme griechischer Truppen bei jedwedem Einsatz verweigert. Die internationale Gemeinschaft solle sich insgesamt aus dem Balkan heraushalten und nicht versuchen, in die Politik souveräner Staaten einzugreifen.<sup>29</sup>

Die wichtigste Rolle bei der Ablehnung des Engagements der internationalen Gemeinschaft im Kosovo spielte die Akteurswahrnehmung. Die großen Staaten, insbesondere die USA, Deutschland und Großbritannien, wurden als machtlüsterne Imperien dargestellt. Deren Bestreben sei es, den Balkan wie schon im 19. Jahrhundert unter sich aufzuteilen, und im Zuge der Globalisierung jedes widerstrebende Land – wie Jugoslawien – unter das Regiment des Kapitalismus zu zwingen.<sup>30</sup> Dies reflektiert eine weit verbreitete Sicht innerhalb der griechischen Linken, die das

27 Korakas, Stratís (KKE): *Redebeitrag im Parlament*, Protokolle des Parlaments, Wahlperiode Th, Sitzung G, Tagung KD, 19. November 1998, S. 1416.

28 *Das Kosovo bringt Athen und Ankara aus unterschiedlichen Gründen zusammen*, in: Ta Nea, 13. April 1999.

29 Vgl. Korakas, Stratís (KKE): *Redebeitrag im Parlament*, Protokolle des Parlaments, Wahlperiode Th, Sitzung G, Tagung KD, 19. November 1998, S. 1416.

30 Vgl. das Flugblatt der „Kämpferischen Bewegungen“ vom 1. April 1998 zu den Hochschulwahlen an der Aristoteles-Universität Thessaloniki.

weltwirtschaftliche System als einen machtgerigen Moloch begreift, der bestrebt ist, die ganze Welt, notfalls unter Einsatz aller Mittel, zu beherrschen.<sup>31</sup>

Der Widerstand der orthodoxen Kirche, mit dem Erzbischof Christodoulos als herausragender Figur, gründete sich vor allem auf die Wahrnehmung der Serben als orthodoxes „Brudervolk“, sowie auf das Empfinden, einer vom Westen diskriminierten Religion anzugehören (Auernheimer 1999: 392). Während des ersten Untersuchungszeitraumes blieb der Widerstand aus der Kirche allerdings verhalten. Erst in der zweiten Phase des Konfliktes verstärkten sich die Proteste.

### 2.1.2 Die Luftangriffe – der Diskurs flammt auf

Die zweite Phase des Konflikts – einsetzend mit dem Beginn der Luftangriffe der NATO – ist im griechischen Diskurs gekennzeichnet durch eine Verschärfung der Gegensätze zwischen den Befürwortern des Einsatzes, wobei im griechischen Fall der Terminus „Dulder“ angebracht erscheint, und dessen Gegnern. Der Kosovo-Konflikt wurde das wichtigste Thema im griechischen politischen Diskurs und beherrschte über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg die Titelseiten der wichtigsten griechischen Zeitungen. Insbesondere die Gegnerschaft zum NATO-Einsatz äußerte sich in teilweise drastischen Darstellungen und Vergleichen. Der öffentliche Protest in Griechenland wurde auch bei zahlreichen Demonstrationen, vor allem vor amerikanischen Botschaften und Einrichtungen, sowie bei Solidaritätskonzerten für Jugoslawien und Streiks der Transportgewerkschaften artikuliert.<sup>32</sup> Daran wird deutlich, dass die Argumente der antiamerikanisch-nationalen Diskursformation in der Bevölkerung breiten Anklang fanden. Die Regierung behielt ihre Position aus dem ersten Untersuchungszeitraum weitgehend bei, angesichts der Luftangriffe der NATO geriet sie allerdings unter enormen innenpolitischen Druck.

Der Ministerpräsident Simitis legte die Konfliktsicht der griechischen Regierung wie folgt dar:

„Jugoslawien ist verpflichtet, den Bewohnern des Kosovo eine weitgefäste Autonomie einzuräumen. Es ist verpflichtet, ihre Menschenrechte zu respektieren und eine friedliche Lösung der Konflikte anzustreben. Wir verurteilen die Politik der ethnischen Säuberungen, die Serbien verfolgt. [...] Die griechische Regierung hat sich sowohl im Rahmen der NATO wie auch der EU um eine effektive Lösung des Flüchtlingsproblems bemüht. [...] Griechenland braucht keine Angst zu haben. Wir werden in keinem Fall in Kriegshandlungen involviert. Griechenland gehört der Stabilitätszone und dem Kräftesystem des europäischen Raumes an. [...] Wir sind unverändert gegen jeden Schritt, der zu einer Verschiebung der Grenzen auf dem Balkan führen könnte. Wir treten eindeutig für die Erhaltung der heutigen Grenzen Jugoslawiens ein. Dies wird das unveränderliche Prinzip unserer Politik bleiben.“<sup>33</sup>

31 Vgl. dazu den Sammelband von Fotopoulos (1999).

32 Vgl. Athens News Agency, 5. April 1999, 6. April 1999 sowie Auernheimer (1999: 391).

33 Griechische Botschaft Berlin: *Griechenlands Haltung zur Krise auf dem Balkan*, 7. April 1999, <http://www.griechische-botschaft.de/politik/aussen/politik1999/19990407.htm> [14.11.2008].

Der Außenminister Papandreou verdeutlichte zugleich, dass Griechenland aufgrund seiner Nähe zum Krisengebiet nicht an den NATO-Operationen teilnehmen und diese auch nicht aktiv unterstützen werde. Eine mögliche Ausweitung des Konfliktes auf die griechisch-türkischen Beziehungen, wie sie in einer Aussage des US-Präsidenten Clinton am 24. März 1999 angeklungen war, wurde von der griechischen Regierung vehement zurückgewiesen.<sup>34</sup> Vielmehr würde sich die Regierung weiterhin um eine friedliche Beilegung des Konflikts bemühen.

In ungewöhnlich deutlicher Form benannte der Verteidigungsminister Tschatzopoulos die Verantwortlichen für die Krise. Milošević habe nie eine friedliche Lösung akzeptieren, sondern lediglich seine Vorstellung Jugoslawiens verwirklichen wollen. Zudem nehme er die übrigen Staaten der Region als Geiseln für seine Politik der ethnischen Säuberungen, die lange vor dem Angriff der NATO begonnen hätten.<sup>35</sup> Die Verweigerung einer politischen Lösung durch Belgrad habe schlussendlich zu den Angriffen geführt:

„Trotz des Beharrens Griechenlands auf einer friedlichen Lösung des Kosovo-Problems hat die Schwäche Jugoslawiens, die Vorschläge von Rambouillet zu akzeptieren, zum Gebrauch von Gewalt der NATO gegen Jugoslawien geführt.“<sup>36</sup>

Der Konflikt stellte sich nun mehrheitlich als eine Auseinandersetzung zwischen der menschenverachtenden Politik Miloševićs auf der einen Seite und der NATO unter der Führung der USA auf der anderen Seite dar. Die Allianz sei gezwungen worden, militärische Gewalt einzusetzen, um den Respekt vor den Menschenrechten durchzusetzen.<sup>37</sup> Die serbischen Operationen im Kosovo wurden nun scharf verurteilt, ohne dass – wie zumeist in der ersten Konfliktphase – das ceterum censeo von der albanischen Mitschuld wiederholt wurde.<sup>38</sup> Nuancierter äußerte sich der Vorsitzende der ND, Karamanlis, der eine Mitschuld am Konflikt nicht nur bei der jugoslawischen Regierung und der UÇK, sondern auch bei der EU und den USA sah.

34 Vgl. Dîmakas, Loukas/Karanasopoulou, Eirinî: *Wut und Einspruch gegen Clintons Provokation*, in: Ta Nea, 28. März 1999; Kartalis, Giannis: *Die Verwicklung Griechenlands*, in: To Bîma, 28. März 1999.

35 Griechische Botschaft Berlin: *Griechenlands Haltung zur Krise auf dem Balkan*, 7. April 1999, <http://www.griechische-botschaft.de/politik/aussen/politik1999/19990407.htm> [14.11.2008].

36 Tschatzopoulos, Akis: *Pressemitteilung nach dem Beginn der Bombenangriffe auf das Kosovo*, Athen, 25. März 1999, <http://www.mod.gr/greek/information/speeches/2603992.htm> [24.11.2001].

37 Vgl. Sîmitis, Kôstas (PASOK): *Redebeitrag im Parlament*, Protokolle des Parlaments, Wahlperiode Th, Sitzung G, Tagung RD, 31. März 1999, S. 5782; Sîmitis, Kôstas (PASOK): *Redebeitrag im Parlament*, Protokolle des Parlaments, Wahlperiode Th, Sitzung G, Tagung RIZ, 3. Mai 1999, S. 6419.

38 Vgl. Sîmitis, Kôstas (PASOK): *Redebeitrag im Parlament*, Protokolle des Parlaments, Wahlperiode Th, Sitzung G, Tagung RD, 31. März 1999, S. 5782: „Ich betone hier noch einmal, dass Griechenland – und das habe ich schon öfter gesagt – die fortgesetzten serbischen Operationen im Kosovo verurteilt, die sofort aufhören müssen.“

Die EU habe sich durch Untätigkeit, die US-Administration durch falsche Taten mitschuldig gemacht.<sup>39</sup>

In der regierungsfreundlichen Presse wurde die Auseinandersetzung um den Kurs der Regierung als eine Richtungsentscheidung für Griechenland erachtet. Die Gegner des NATO-Einsatzes, so die Kommentatoren, bevorzugten eine Allianz mit zweifelhaften Staaten wie Serbien, Weißrussland und Russland. Damit würden sie Griechenland aus dem privilegierten Kreis der EU und der NATO herausführen wollen. Das Land würde isoliert in einer undemokratischen Allianz stehen und schlussendlich inmitten der Diktaturen und Halbdemokratien auch seine demokratischen Institutionen gefährden und damit „auf das Niveau der Türkei“ zurückfallen. Der Protest gegen die NATO-Einsätze sei zwar legitim, aber man müsse die Konsequenzen bedenken, die ein Abweichen von dem schmalen Grat, auf dem die Regierung wandle, zeitigen würde.<sup>40</sup>

Die von der NATO eingesetzten Mittel missbilligten auch die griechischen Interventionsdulder. So verurteilte der griechische Präsident Kōstis Stephanopoulos die Bombardierungen und bezeichnete sie als unakzeptabel für Europa.<sup>41</sup> Krieg und Gewalt könnten nicht zu einer dauerhaften Lösung der Krise führen.<sup>42</sup> Gleichwohl wurden die Luftschläge aber als notwendiges Übel zur Verhinderung weiterer ethnischer Säuberungen wahrgenommen.<sup>43</sup> Die griechische Regierung betonte stets, dass der Konflikt nur über politische und diplomatische Initiativen gelöst werden könne. Allerdings müsse dazu Gesprächsbereitschaft auf beiden Seiten vorhanden sein. Die Position der Interventionsdulder hinsichtlich der Mittel war zumeist defensiv und sah sich schweren Vorwürfen ausgesetzt. Selten formulierte ein Kommentator so drastisch und zynisch hinsichtlich der vorherrschenden Simplifizierung der Sachverhalte in Griechenland wie in folgendem Fall:

„[...] wenn wir das richtig verstanden haben, begehen in Jugoslawien nur die sogenannten ‚Mörder der Lüfte‘ Verbrechen (unter ihnen – zu Recht – die Verantwortlichen für die Zerstörung des Zuges in Südserbien und den Angriff auf die Flüchtlinge im Kosovo), während offensichtlich die Spezialeinheiten von Milošević im Kosovo handeln wie ‚Ärzte ohne Grenzen‘.“<sup>44</sup>

In einem Artikel der Zeitschrift „To Klik“ plädierte der Autor für die Fortsetzung der Bombardierungen, da dies das einzige Mittel sei, um Milošević zum Einlenken zu bewegen. Wie die Erfahrungen aus Bosnien gezeigt hätten, verstünde der serbische Diktator nur die Sprache der Gewalt. Das Gewaltmonopol der Serben im

39 Vgl. Karamanlis, Kōstas (ND): *Redebeitrag im Parlament*, Protokolle des Parlaments, Wahlperiode Th, Sitzung G, Tagung RD, 31. März 1999, S. 5784.

40 Vgl. Plōritis, Marios: *Offener Brief an Herrn Burns* [damaliger US-Botschafter in Athen; Anm. d. Verf.], in: To Bīma, 18. April 1999; Petropoulou, Marina: *Das Kosovo im Regierungsbezirk*, in: To Bīma, 26. April 1999.

41 Vgl. Athens News Agency, 11. April 1999.

42 Vgl. eine Äußerung von Kōstas Sīmitīs bei einem österlichen Besuch in Nordgriechenland, Athens News Agency, 13. April 1999.

43 Vgl. To Klik, Nr. 145, Mai 1999, <http://www.klik.gr/145/index.htm> [22.8.2002].

44 Sōmeritis, Richardos: *Von Athen nach Moskau. Viele Griechen äußern sich anders, denken aber wenig*, in: To Bīma, 18. April 1999.

Kosovo sei erstmals von der UÇK angezweifelt worden, die allerdings keine Chance gegen die Übermacht der jugoslawischen Armee gehabt hätte. Nun greife das stärkste Bündnis der Welt zu Recht in den Konflikt ein.<sup>45</sup> Zur Untermauerung dieser Argumentation findet sich in der gleichen Ausgabe eine anschauliche Darstellung der durch die serbischen Einheiten verübten Gräueltaten im Kosovo.<sup>46</sup> In der griechischen Presse blieb dies jedoch eine Nischenmeinung.

Als Legitimation für den Einsatz gegen Jugoslawien und auch die griechische Politik der Zurückhaltung innerhalb der NATO und der EU nannte der Ministerpräsident den Respekt der Menschenrechte und der Rechte von Minderheiten. Des Weiteren basiere die griechische Politik auf dem Prinzip der Unantastbarkeit der Grenzen auf dem Balkan.<sup>47</sup> Eine große Rolle bei der Legitimation der griechischen Politik spielt die „doppelte Identität“ Griechenlands als Balkanstaat und Mitglied der EU und der NATO. Als Mitglied in den Bündnissen sei Griechenland verpflichtet, seinen Partnern beizustehen und die gemeinsamen Werte durchzusetzen. Als Staat auf dem Balkan sei es jedoch angehalten, mit allen Nachbarn ein gutes Verhältnis zu pflegen und sich nicht in die Krisen der Region verwickeln zu lassen. Der einzige Ausweg sei deshalb die Politik der Regierung Simitis, die zwar eine Sonderrolle innerhalb der NATO einnehme, diese aber konstruktiv im Sinne einer politischen Konfliktlösung interpretiere und die Operationen des Bündnisses nicht erschwere, sondern sogar unterstütze, soweit es seine spezielle Position zulasse.<sup>48</sup> Einen Alleingang „wie Don Quijote“ könne und werde sich Griechenland nicht erlauben, da es sonst keinerlei Einflussmöglichkeit auf das Krisenmanagement der NATO habe und von seinen europäischen Partnern nicht mehr ernst genommen werde.<sup>49</sup> Griechenland sei der einzige Staat der NATO, der aufgrund seiner historischen Erfahrungen in der Region und der daraus resultierenden Kenntnis der Probleme stets konsequent auf der Notwendigkeit einer politischen Lösung bestehe und damit Auswege aus der Krise eröffne.<sup>50</sup>

Die Handlungsempfehlungen an die internationale Gemeinschaft, die sich aus den Legitimationen für die griechische Regierung ergaben, entsprachen denen in der ersten Konfliktphase: Beibehaltung der bestehenden Grenzen auf dem Balkan, möglichst rasche Beendigung der Kriegshandlungen in der Region und daher verstärkte

45 Vgl. *Bomb non Stop!*, in: To Klik, Nr. 145, Mai 1999, <http://www.klik.gr/145/bomb/index.htm> [22.8.2002].

46 Vgl. *Die Lügen eines schmutzigen Krieges*, in: To Klik, Nr. 145, Mai 1999, <http://www.klik.gr/145/psemata/index.htm> [22.8.2002].

47 Vgl. Simitis, Kostas (PASOK): *Redebeitrag im Parlament*, Protokolle des Parlaments, Wahlperiode Th, Sitzung G, Tagung RD, 31. März 1999, S. 5781-5781.

48 Vgl. Simitis, Kostas (PASOK): *Redebeitrag im Parlament*, Protokolle des Parlaments, Wahlperiode Th, Sitzung G, Tagung RIZ, 3. Mai 1999, S. 6418.

49 Simitis, Kostas (PASOK): *Redebeitrag im Parlament*, Protokolle des Parlaments, Wahlperiode Th, Sitzung G, Tagung RD, 31. März 1999, S. 5783.

50 Vgl. Tsochatzopoulos,akis (PASOK): *Redebeitrag im Parlament*, Protokolle des Parlaments, Wahlperiode Th, Sitzung G, Tagung RIZ, 3. Mai 1999, S. 6438.

Suche nach einer politischen Lösung des Konflikts. Zudem sollte den Balkanstaaten eine langfristige Perspektive ökonomischer Prosperität und politischer Stabilität innerhalb des europäischen Rahmens eröffnet werden.<sup>51</sup> Die griechische Rolle wurde weiterhin als neutral bezeichnet, das Land dürfe sich unter keinen Umständen in den Konflikt verwickeln lassen, dürfe nicht „Teil des Problems“<sup>52</sup> werden. Der Oppositionsvorsitzende Karamanlīs forderte zwar von der Regierung ein engagierteres Auftreten, äußerte aber gleichzeitig Verständnis für die engen Spielräume:

„Ich verstehe – und ich bin sicher, dass jeder griechische Bürger trotz möglicher Gefühle der Belastung oder Wut, die ihn gerade beherrschen, versteht – dass unser Land nicht die Spielräume hat, sich wie ein Stier im Glasladen aufzuführen, weder im Rahmen des Bündnisses noch im Rahmen der EU. Allerdings dürfen wir nicht von diesem Extrem in ein anderes verfallen, dasjenige des gehorsamen Kindes.“<sup>53</sup>

Der jugoslawische Präsident Milošević wurde von der griechischen Regierung wiederholt aufgefordert, sich zu Gesprächen bereit zu erklären.<sup>54</sup> Er galt in Athen als wichtigster Ansprechpartner der internationalen Gemeinschaft. Aus diesem Grund äußerten der Außenminister Papandreou und sein Stellvertreter Kranidiotis Unverständnis gegenüber der Anklageerhebung des Internationalen Jugoslawientribunals gegen den serbischen Präsidenten.<sup>55</sup>

Im Hinblick auf die Einschätzung der anderen Akteure unterschieden sich Regierung und die befürwortende Opposition. Simitīs und der Parlamentspräsident Apostolos Kaklamanīs betonten die Bedeutung der europäischen Partner, wenngleich beide durchaus Verbesserungen im Bereich der GASP angesichts der Krise für notwendig erachteten. Karamanlīs bezeichnete das Verhalten der EU hingegen als einzige Enttäuschung. Beide Seiten forderten die Einbeziehung der UN in die Konfliktlösung, um eine möglichst breite Unterstützung zu gewährleisten.<sup>56</sup> Interessant bleibt der Befund, dass die USA in der Regierungsrhetorik als einzelner Akteur kaum auftauchen, sondern stets im Zusammenhang mit Aktivitäten der internationalen Gemeinschaft in den verschiedenen Formen (Kontaktgruppe, NATO, UN) genannt werden.

51 Vgl. Simitīs, Kōstas (PASOK): *Redebeitrag im Parlament*, Protokolle des Parlaments, Wahlperiode Th, Sitzung G, Tagung RD, 31. März 1999, S. 5781-5783.

52 Simitīs, Kōstas (PASOK): *Redebeitrag im Parlament*, Protokolle des Parlaments, Wahlperiode Th, Sitzung G, Tagung RIZ, 3. Mai 1999, S. 6415.

53 Karamanlīs, Kōstas (ND): *Redebeitrag im Parlament*, Protokolle des Parlaments, Wahlperiode Th, Sitzung G, Tagung RD, 31. März 1999, S. 5784.

54 Vgl. u. a.: Simitīs, Kōstas (PASOK): *Redebeitrag im Parlament*, Protokolle des Parlaments, Wahlperiode Th, Sitzung G, Tagung RD, 31. März 1999, S. 5781-5783; Athens News Agency, 13. April 1999.

55 Vgl. Athens News Agency, 28. Mai 1999, 29. Mai 1999.

56 Vgl. Simitīs, Kōstas (PASOK): *Redebeitrag im Parlament*, Protokolle des Parlaments, Wahlperiode Th, Sitzung G, Tagung RD, 31. März 1999, S. 5782; Karamanlīs, Kōstas (ND): *Redebeitrag im Parlament*, Protokolle des Parlaments, Wahlperiode Th, Sitzung G, Tagung RD, 31. März 1999, S. 5785; Athens News Agency, 1. Juni 1999.

Die Gegner des NATO-Einsatzes im Kosovo vertraten eine dem diametral entgegengesetzte Position. Sie sahen auf der einen Seite die Serben und auf der anderen Seite die atlantische Allianz, angeführt von den USA. Die ethnischen Säuberungen der Serben im Kosovo wurden meist als Interventionsvorwand bezeichnet und der Wahrheitsgehalt solcher Darstellungen angezweifelt. So sprach der Ehrenvorsitzende der KKE, Charilaos Florakís, von den „angeblichen ethnischen Säuberungen im Kosovo“.<sup>57</sup> Des Weiteren wurde oft auf das Schicksal der serbischen Bevölkerung im Kosovo verwiesen. Der Erzbischof Christodoulos schrieb in einem Kommentar für die Zeitung *To Bîma*: „Niemand von denen, die uns kritisieren, hat daran gedacht, nach den Leiden der serbischen Orthodoxen im Kosovo zu fragen, die dort eine Minderheit darstellen.“<sup>58</sup> Die Auseinandersetzungen im Kosovo wurden als Beginn des Kampfes zwischen „den großen Mächten“ und Jugoslawien interpretiert, da v. a. die USA und Deutschland die Bewaffnung der Kosovo-Albaner und die Bildung der UÇK initiiert hätten.<sup>59</sup> Die nicht zu leugnende Flucht der Bevölkerung aus dem Kosovo wurde auf die NATO-Angriffe zurückgeführt.<sup>60</sup> Zudem seien die übrigen NATO-Staaten, die in ihrer Mehrheit katholisch seien, vom Hass gegen die Orthodoxie beseelt und würden deswegen Krieg gegen Serbien führen.<sup>61</sup> Der Erzbischof bezeichnete die NATO-Staaten sogar als „Schachfiguren des Teufels“.<sup>62</sup>

In eine ähnliche Richtung argumentierte auch der politisch links stehende Komponist Mikís Theodôrakís, der seit seinem Widerstand gegen die deutsche Besetzung und gegen die Militärdiktatur als griechischer Nationalheld gilt. Unter dem Vorwand der humanitären Hilfe würden die fünf „apokalyptischen Reiter“ – die USA, Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien – ihre Kriegsindustrie füttern.<sup>63</sup> Für den angeblichen Völkermord an den Albanern gäbe es keine Beweise, die Serben seien lediglich noch nicht der „neuen Weltordnung“ unterworfen und müssten deswegen eine Lektion erteilt bekommen.<sup>64</sup> Seine Solidarität mit Serbien verdeutlichte der Komponist mit Konzerten in Athen während der Luftschläge, und in Belgrad nur wenige Tage nach dem Ende der NATO-Angriffe.<sup>65</sup>

Die meisten Vertreter der Gegner waren sich einig, dass Griechenland nicht aufgrund seiner Politik, sondern wegen des breiten Widerstandes in der Bevölkerung eine ethisch hochstehende Position vertrete:

57 *Treffen Milošević – Flôrakís in Belgrad*, in: *Ta Nea*, 24. April 1999.

58 Erzbischof von Athen Christodoulos: *Nach dem Gewitter*, in: *To Bîma*, 9. Mai 1999.

59 Vgl. *Christodoulos vermutet verdächtige Pläne der NATO*, in: *Ta Nea*, 15. April 1999; *Eleutherotupia*, 27. März 1999.

60 Vgl. die Meldungen der *Eleutherotupia* am 12. und 20. Mai 1999 sowie in der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 9. Mai 1999.

61 Vgl. *Ruf nach Frieden*, in: *Ta Nea*, 30. März 1999 sowie Auernheimer (1999: 392).

62 *Ta Nea*, 9. April 1999; vgl. auch *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 26. April 1999.

63 Theodorakís, Mikís: *Mit welchem Recht streuen sie den Tod?*, in: *Ta Nea*, 29. April 1999.

64 Dimitrakopoulos, D.: *Die Bomben und die Ideologie der Menschlichkeit*, in: *To Bîma*, 2. Mai 1999; Theodorakís, Mikís: *Mit welchem Recht streuen sie den Tod?*, in: *Ta Nea* 29. April 1999.

65 Vgl. *Eleutherotupia*, 21. Juni 1999 sowie die Meldung auf der Homepage des Komponisten: <http://de.mikis-theodorakis.net/index.php/article/articleview/33/1/8/> [26.2.2009].

„Wir Griechen können zu Recht stolz sein, weil nur wir mit den geheimen Sensoren unseres Bewusstseins die wahren Ausmaße der Tragödie verstehen konnten, die sich hier im Namen der ‚Menschlichkeit‘ abspielt.“<sup>66</sup>

„Zu der Barbarei sagen 90 Prozent des griechischen Volkes Nein. Dies ist nun einmal unsere Wurzel, unsere DNA, die das Gesetz des Dschungels nicht anerkennt.“<sup>67</sup>

Insbesondere die USA galten als Urheber des Krieges.<sup>68</sup> So wurde der amerikanische Präsident in einigen Zeitungsüberschriften als „Adolf Clinton“ (zit. n. Auernheimer 1999: 392) bezeichnet und die Politik Washingtons mit jener Hitlers auf dem Balkan gleichgesetzt.<sup>69</sup> Den europäischen Staaten wurde dennoch eine Mitschuld gegeben, wobei insbesondere die linken und grünen Parteien, die an den europäischen Regierungen beteiligt waren, als Kriegstreiber bezeichnet wurden. Die Intervention wurde bspw. als „Verbrechen der Linken und Ökologie“<sup>70</sup> und die angebliche Argumentation der westlichen Medien als „Mythenbildung hinsichtlich eines Bilds der bösen USA und des guten Europa“<sup>71</sup> interpretiert. Die Kriegsgegner demonstrierten deswegen nicht nur vor den Botschaften der USA, sondern zogen auch regelmäßig vor die Vertretungen Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens.<sup>72</sup>

Der griechischen Regierung wurde vorgeworfen, an der Intervention teilzunehmen bzw. sie zu unterstützen, indem den NATO-Flugzeugen Landemöglichkeiten angeboten würden und sie einen Korridor durch den griechischen Luftraum erhielten. Zudem sei es der NATO erlaubt worden, den Hafen Thessaloniki für den Einmarsch mit Bodentruppen in das Kosovo zu nutzen.<sup>73</sup> Aus Protest dagegen versuchten die Gegner – organisiert von der Jugendorganisation der KKE – den Hafen mit Demonstrationen zu blockieren.<sup>74</sup>

Die von der internationalen Gemeinschaft eingesetzten Mittel schätzten die Interventionsgegner ähnlich gering. In den meisten Redebeiträgen im Parlament und auch in vielen Zeitungsartikeln wurden die Angriffe scharf verurteilt. Oft wurde die Intervention „verbrecherisch“ genannt<sup>75</sup> oder der Krieg als schweres Unrecht – da

66 Erzbischof von Athen Christodoulos: *Nach dem Gewitter*, in: *To Bîma*, 9. Mai 1999.

67 Theodorákis, Mikís: *Athen gegen den Rambo und die Cowboys, die tun, was sie wollen*, in: *Eleutherotupia*, 27. April 1999.

68 Vgl. Paparíga, Aleka (KKE): *Redebeitrag im Parlament*, Protokolle des Parlaments, Wahlperiode Th, Sitzung G, Tagung RD, 31. März 1999, S. 5786: „Gut, warum also entstand dieser Krieg? Weil ihn Herr Clinton will.“

69 Vgl. auch Theodorákis, Mikís, in: *Ta Nea*, 23. April 1999: „Wir haben das schon unter Hitler erlebt und ich habe nicht die Kraft es noch einmal zu erleben.“

70 *Eleutherotupia*, 24. April 1999.

71 *Eleutherotupia*, 9. April 1999.

72 Vgl. Athens News Agency, 26. März 1999.

73 Vgl. Tsobolas, Dímitrios (DÍKKI): *Redebeitrag im Parlament*, Protokolle des Parlaments, Wahlperiode Th, Sitzung G, Tagung RIZ, 3. Mai 1999, S. 6441.

74 Vgl. Athens News Agency, 31. März 1999, 27. Mai 1999.

75 Vgl. etwa die Beiträge in *Eleutherotupia* vom 27. März 1999 und 13. April 1999 und in *Kathimeriní* vom 27. April 1999, sowie das Titelblatt der Monatszeitschrift *Metro* Nr. 43 von Mai 1999, auf dem es heißt: „Nein jetzt zum Verbrechen der NATO“.

ein reiner Angriffskrieg – bezeichnet.<sup>76</sup> Die am häufigsten verwendete Bezeichnung der Gegner für den NATO-Einsatz war *έγκλημα* (Verbrechen), zumeist in Verbindung mit der angeblichen Begründung als „Verbrechen im Namen der Menschlichkeit“ gebraucht.<sup>77</sup> Gleichzeitig wurden die Sprachregelungen der NATO heftig kritisiert und als Strategie bezeichnet, die die Öffentlichkeiten verblende und das wahre Gesicht des Krieges verberge:

„Deswegen wird der Krieg, den die NATO gegen das Neue Jugoslawien erklärt hat, Krise genannt, die Bombardements werden als Operationen bezeichnet, die tödlichen Einsätze der Flugzeuge erscheinen als humanitäre Mission und die gezielten Fehlwürfe der Piloten heißen unvermeidbare Fehler.“<sup>78</sup>

Die Legitimation des NATO-Einsatzes wurde von den Interventionsgegnern als „humanitäres Feigenblatt“<sup>79</sup> bezeichnet. Als wahre Ursache des Krieges identifizierten sie dagegen den Machtanspruch der westlichen Mächte, insbesondere der USA und Deutschlands. Die deutsche Regierung, der stets die Verantwortung für den Beginn der Zerstörung Jugoslawiens gegeben wurde, galt dabei als tonangebende Macht in Europa, die den Kurs der EU festlege.<sup>80</sup> Der Vorsitzende des SYN, Nikos Kōnstantopoulos, der während der Bombenangriffe einen Solidaritätsbesuch in Jugoslawien bei Milošević unternahm<sup>81</sup>, nannte mehrere Bezugspunkte für die Verurteilung der Intervention:

„[...] die Aktion der NATO in Jugoslawien ist, vom Standpunkt des internationalen Rechts gesehen, illegal. Vom ethischen Standpunkt aus gesehen ist sie provokativ, unannehmbar, barbarisch. Vom politischen Standpunkt aus gesehen ist sie gefährlich, weil sie zu unvorhersehbaren destabilisierenden Entwicklungen führt. Deshalb ist und bleibt der kriegerische Angriff der NATO auf Jugoslawien historisch stigmatisiert.“<sup>82</sup>

„[...] im benachbarten Jugoslawien findet keine ‚militärische Intervention‘, keine ‚Operation‘ statt. Dort findet ein schrecklicher, nicht schön zu redender, grässlicher Krieg, strukturgefährdend und unverständlich, statt, der keine Legitimation besitzt, weder ethisch, noch rechtlich, noch politisch, noch historisch.“<sup>83</sup>

Diese Argumentationsmuster sind bei allen Interventionsgegnern aufzufinden. Insbesondere der Bezug zum Völkerrecht wurde häufig gesucht. Der internationalen

76 Vgl. Branas, Roussos: *Wege* [Kolumne; Anm. d. Verf.], in: Ta Nea, 3. April 1999; Papanīga, Aleka (KKE): *Redebeitrag im Parlament*, Protokolle des Parlaments, Wahlperiode Th, Sitzung G, Tagung RD, 31. März 1999, S. 5787.

77 Vergleiche die Kommentare in Metro, Nr. 43, Mai 1999 und Nr. 44, Juni 1999 sowie in den Ausgaben der Ta Nea vom 24. April 1999, dem 17. Mai 1999 und dem 28. Mai 1999.

78 Douka, Marō: *Warum ich für die Serben bin*, in: Metro, Nr. 43, Mai 1999. Die Autorin ist eine bekannte Schriftstellerin in Griechenland.

79 *Das Geschenk*, in: Ta Nea, 22. April 1999.

80 Vgl. Papanīga, Aleka (KKE): *Redebeitrag im Parlament*, Protokolle des Parlaments, Wahlperiode Th, Sitzung G, Tagung RIZ, 3. Mai 1999, S. 6420.

81 Vgl. Athens News Agency, 6. April 1999.

82 Kōnstantopoulos, Nikolaos (SYN): *Redebeitrag im Parlament*, Protokolle des Parlaments, Wahlperiode Th, Sitzung G, Tagung RD, 31. März 1999, S. 5790.

83 Kōnstantopoulos, Nikolaos (SYN): *Redebeitrag im Parlament*, Protokolle des Parlaments, Wahlperiode Th, Sitzung G, Tagung RIZ, 3. Mai 1999, S. 6434.

Gemeinschaft wurde vorgeworfen, mit zweierlei Maß zu messen: Während die Türkei ungehindert ihre kurdische Bevölkerung „niedermetzeln“ dürfe,<sup>84</sup> würden interne Zwistigkeiten mit angeblichen Menschenrechtsverletzungen im Kosovo von der NATO sofort als Vorwand dazu benutzt, einen Krieg gegen Jugoslawien zu beginnen. Desgleichen wurde Zypern häufig als „Beweis“ für die Ungleichbehandlung von Verstößen gegen das internationale Recht angeführt.<sup>85</sup> Bei der Intervention handle es sich um den „ersten Krieg der Globalisierung“,<sup>86</sup> denn der wahre Grund für das Eingreifen liege in wirtschaftlichen Interessen. Gegen die Intervention brachten ihre Gegner des Weiteren vor, dass Flüchtlingsströme die Region destabilisieren könnten (v. a. Albanien und FYROM galten als gefährdet), und dass von der uranhaltigen US-Munition Umweltrisiken für den gesamten Balkan ausgingen.<sup>87</sup>

Die Gegnerschaft zur NATO-Intervention in den griechischen Medien war in der Regel dürftig begründet. Sie basierte auf einem allgemeinen Gefühl des Unbehagens, das sich in teilweise drastischer Form in der Berichterstattung widerspiegelte. So machte die Zeitschrift *Metro* im Juni 1999 mit dem Titel „Stell dir vor... wir haben die Hauptstädte Europas bombardiert“ auf, dem eine Fotomontage des zerstörten und brennenden Eiffelturms folgte. In der Ausgabe selbst finden sich ähnliche Darstellungen von New York, Rom, Brüssel und London.<sup>88</sup> Gleichzeitig fanden sich in Zeitungen und Zeitschriften zahlreiche Berichte aus Jugoslawien, die das Leid der Zivilbevölkerung thematisierten, das durch die Bombenangriffe entstanden war. Die Verfolgung der Kosovo-Albaner spielte dagegen eine vergleichsweise geringe Rolle.<sup>89</sup>

Die Handlungsempfehlung der Interventionsgegner an die internationale Gemeinschaft war simpel und deckte sich ausnahmsweise mit derjenigen der Regierung: Sofortiger Stopp der Bombenangriffe. Die eigene Regierung wurde aufgefordert, der NATO jegliche Unterstützung zu entziehen. Sie sollte die Beteiligung an der Friedenstruppe, die wahlweise als „Invasionsarmee“<sup>90</sup> oder als „Besatzungstruppe“<sup>91</sup> bezeichnet wurde, verweigern, und den Hafen Thessaloniki für die NATO

84 Paparíga, Aleka (KKE): *Redebeitrag im Parlament*, Protokolle des Parlaments, Wahlperiode Th, Sitzung G, Tagung RD, 31. März 1999, S. 5786-5788.

85 Tsobolas, Dímítrios (DÍKKI): *Redebeitrag im Parlament*, Protokolle des Parlaments, Wahlperiode Th, Sitzung G, Tagung RIZ, 3. Mai 1999, S. 6441; Athens News Agency, 16. Mai 1999.

86 Kônstantopoulos, Nikolaos (SYN): *Redebeitrag im Parlament*, Protokolle des Parlaments, Wahlperiode Th, Sitzung G, Tagung RIZ, 3. Mai 1999, S. 6434.

87 Vgl. *Metro*, Nr. 44, Juni 1999.

88 Vgl. ebd.

89 Vgl. *Metro*, Nr. 43, Mai 1999; Nr. 44, Juni 1999; *Eleutherotupia*, 8. April 1999, 2. Mai 1999; *Ta Nea*, 19. April 1999.

90 *Eleutherotupia*, 30. April 1999, 18. Mai 1999.

91 Paparíga, Aleka (KKE): *Redebeitrag im Parlament*, Protokolle des Parlaments, Wahlperiode Th, Sitzung G, Tagung RIZ, 3. Mai 1999, S. 6420; *Metro*, Nr. 44, Juni 1999.

schließen.<sup>92</sup> Die Forderungen gingen sogar so weit, dass Griechenland aus der NATO austreten und sich somit dem „Diktat der imperialistischen Großmächte“ entziehen solle.<sup>93</sup> Erzbischof Christodoulos appellierte an das griechische Volk, seine christliche Tradition zu bewahren und sich statt um die weltlichen Führer nun um die geistlichen zu scharen.<sup>94</sup> Die griechische Politik diene nicht den Interessen Griechenlands, sondern denjenigen der USA, Deutschlands und der übrigen Staaten der NATO.<sup>95</sup> Dafür spreche der Sachverhalt, dass

„[...] auf dem Balkan und im östlichen Mittelmeer die Interessen der USA und auch des Direktoriums von Brüssel, Deutschland, Großbritannien und Frankreich den Interessen Griechenlands in der Region, in der Ägäis, auf Zypern und auf dem Balkan – immerhin ist Griechenland ein Balkanstaat – total entgegengesetzt sind.“<sup>96</sup>

Die europäischen Nationalstaaten wurden unter die Gruppe der kriegsführenden Parteien subsumiert, während gleichzeitig die Schwäche der EU gegenüber den USA beklagt wurde. Lediglich die Absenz der UN wurde in den Kommentaren der Interventionsgegner immer wieder erwähnt: „Der Unterschied zum Krieg am Golf ist der, dass der Westen jetzt nicht einmal mehr den Vorwand aufrechterhält und die UN in den Korb des Unbrauchbaren wirft.“<sup>97</sup> Dies wurde aber – ganz im Sinne der Kritiker – als Beginn eines „[...] nach (amerikanischen) Belieben stattfindenden Missbrauchs internationaler Organisationen, wie der UN, der NATO, der OSZE u.a [...]“ interpretiert.<sup>98</sup>

Die Solidarität für Serbien in der griechischen Gesellschaft drückte sich durch weitere Aktionen aus, wie beispielsweise das Tragen stilisierter Zielscheiben auf der Kleidung,<sup>99</sup> das Angebot zehn griechischer Bürger, sich als menschliche Schilde auf jugoslawische Brücken zu stellen<sup>100</sup> oder auch ein Freundschaftsspiel zwischen den Fußballvereinen AEK Athen und Partizan Belgrad am 7. April 1999 in der jugoslawischen Hauptstadt.<sup>101</sup>

Das Ende des Kosovo-Konfliktes bezeichnete die griechische Regierung einhellig als Erfolg ihrer Außenpolitik. Während der Kampfhandlungen habe sie stets die

92 Vgl. Papadopoulos, Nôtos: *Sie werden ununterbrochen weiterbomben*, in: Ta Nea, 2. April 1999; Tsobolas, Dimitrios (DÍKKI): *Redebeitrag im Parlament*, Protokolle des Parlaments, Wahlperiode Th, Sitzung G, Tagung RD, 31. März 1999, S. 5793.

93 Papaříga, Aleka (KKE): *Redebeitrag im Parlament*, Protokolle des Parlaments, Wahlperiode Th, Sitzung G, Tagung RD, 31. März 1999, S. 5786-5788.

94 Vgl. Athens News Agency, 31. März 1999.

95 Vgl. Tsobolas, Dimitrios (DÍKKI): *Redebeitrag im Parlament*, Protokolle des Parlaments, Wahlperiode Th, Sitzung G, Tagung RIZ, 3. Mai 1999, S. 6442.

96 Tsobolas, Dimitrios (DÍKKI): *Redebeitrag im Parlament*, Protokolle des Parlaments, Wahlperiode Th, Sitzung G, Tagung RD, 31. März 1999, S. 5792.

97 Eleutherotupia, 27. März 1999.

98 *Die „human rights“ des Herrn Clinton*, in: Ta Nea, 30. März 1999. Bezeichnend ist hier schon der Titel des Artikels.

99 Vgl. Metro, Nr. 43, Mai 1999.

100 Vgl. Athens News Agency, 14. April 1999.

101 Vgl. Athens News Agency, 2. April 1999, 7. April 1999.

Notwendigkeit einer politischen Lösung betont. Griechenland habe zudem an internationalem Ansehen gewonnen:

„Das, was wichtig ist und was ich betonen möchte, ist, dass die Einigung vorsieht, dass die bisherige Form Jugoslawiens beibehalten wird, die Grenzen ändern sich nicht. Das ist es, was Griechenland von Anfang an hervorgehoben hat. Ich möchte ebenso unterstreichen, dass Griechenland sich dafür eingesetzt hat, dass die internationale Gemeinschaft einen Friedensplan ausarbeitet. Unsere Vorschläge waren diejenigen Vorschläge, die die Möglichkeiten von allen Seiten geprüft und zu dem notwendigen Kompromiss geführt haben [...]. Wir, Griechenland, blieben inmitten dieses Durcheinanders eine Oase der Stabilität und Sicherheit. [...] Und weil wir es vermieden haben, Teil des Problems zu werden, hatten wir die Gelegenheit, bis zum letzten Augenblick [...] mit Vorschlägen zur Bewältigung des Problems beizutragen. Wir sind ein aktiver Faktor für eine gerechte Lösung des Problems geworden.“<sup>102</sup>

## 2.2 Auswertung

### 2.2.1 Identität und Verhalten

Die Gratwanderung zwischen Bündnistreue und vorsichtiger Distanz zur NATO-Politik mit der ständigen Betonung der Notwendigkeit einer politischen Lösung konnte die Regierung über den gesamten Untersuchungszeitraum durchhalten. Vor dem Hintergrund des engen Spielraums, den der identitäre Rahmen angesichts des Spannungsbogens zwischen der Zugehörigkeit zum Westen, der Gefahr in den Konflikt verwickelt zu werden und der traditionellen Solidarität mit den Serben sowie dem starken Antiamerikanismus vorgab, war dies die einzige Strategie, die von der griechischen außenpolitischen Identität (noch) getragen werden konnte. Ein Abweichen von dieser schmalen Linie in Richtung einer stärkeren Unterstützung für die NATO hätte einen identitären Konflikt hinsichtlich der Identitätselemente *Griechenland als eigenständige Kulturnation* und *Griechenland als unabhängiger Staat* hervorgerufen, während eine Unterstützung Serbiens mit dem Identitätselement *Griechenland als Teil des Westens* nicht vereinbar gewesen wäre. Die Politikempfehlung der modernistisch-europäischen Diskursformation traf diese schmale Linie am besten. Dies gelang auch dadurch, dass die USA kaum in den entsprechenden Argumenten zu finden waren, sondern meist nur als Teil internationaler Organisationen. Zudem diskreditierte sich die Politikempfehlung der antiamerikanisch-nationalen Diskursformation durch ihre teils frappanten Forderungen, wie den Austritt aus der NATO, und die Identifikation mit dem Regime in Belgrad. Die frühe Beendigung des Konflikts durch eine politische Initiative trug dazu bei, dass Griechenland nicht vor die Wahl zwischen diesen beiden Alternativen gestellt wurde. Der Stabilitätspakt für Südosteuropa, der einen Einschluss Serbiens von Beginn an in Aussicht

102 Simitis, Kostas: *Pressekonferenz im Rahmen der Arbeiten des Europäischen Rates*, Köln, 3. Juni 1999, vgl. auf <http://www.greekembassy.org/embassy/content/en/Article.aspx?office=3&folder=282&article=3978> [14.11.2008].

stellte und eine ganzheitliche Balkanpolitik Europas formulierte, ließ Griechenland die identitäre Zerreißprobe im Kosovo-Konflikt überstehen.

### 2.2.2 Identität und Diskurs

Das Identitätselement *Griechenland als Teil des Westens* wurde von den Befürwortern häufig, bei den Gegnern dagegen kaum eingesetzt. Die Zugehörigkeit Griechenlands zu den Institutionen des Westens wurde von der Regierung als Errungenschaft dargestellt, die es dem Land erlaube, die Politik in Europa mitzugestalten (*naming*). Insbesondere Ministerpräsident Simitis betonte wiederholt die doppelte Identität Griechenlands, das einerseits ein Balkanstaat, andererseits ein europäischer Staat sei. Die Sicherung der Zugehörigkeit zur europäischen Zone, die von der Regierung auffallend oft mit Begriffen wie Sicherheit, Frieden und Stabilität verknüpft wurde, war die Hauptbegründung für die Solidarität mit den NATO-Partnern (*referencing*). Die einprägsamste Formulierung war dabei, dass Griechenland nicht Teil des Problems, sondern Teil der Lösung sei. Die Betonung der vermittelnden Rolle Athens wurde gleichfalls mit der europäischen Identität des Landes begründet, die es Griechenland erlaube, seine Vorschläge in den maßgeblichen Gremien der internationalen Gemeinschaft vorzubringen und deren Politik zu beeinflussen. Die Gestaltungsfähigkeit der griechischen Politik als Teil des Westens war das zentrale Argument, das mit diesem Identitätselement verbunden wurde (*referencing*).

Die wertorientierte Argumentation der Regierung, die die Durchsetzung der Menschenrechte als Aufgabe der internationalen Gemeinschaft einstufte, basierte auch auf diesem Element. Der Westen allgemein und Europa im Besonderen wurden mit einer wertebundenen Außenpolitik gleichgesetzt (*referencing*), der sich Griechenland, als Teil dieser Wertegemeinschaft, nicht entziehen könne und dürfe. Dabei fehlte nie der Hinweis, dass diese Werte Griechenland auszeichneten und es zum bevorzugten Partner der USA und der europäischen Staaten machten – vor der Türkei. Gleichzeitig sei die Zugehörigkeit Griechenlands zu Europa und dem Westen der Garant für seine demokratischen Institutionen und damit seine moralische und rechtliche Überlegenheit gegenüber den weniger entwickelten Staaten der Region.

Bei den Gegnern klang das Identitätselement des *Westens* nur schwach an, wenn argumentiert wurde, dass die Intervention gegen internationales Recht verstoße. Diese Verknüpfung gründet darauf, dass die Errungenschaften der internationalen Gemeinschaft in Griechenland als Erfolge der westlichen Bündnisse gelten.

Das Element *Griechenland als eigenständige Kulturnation* wurde hingegen in der Regierungsrhetorik nicht oder nur sehr selten eingesetzt. Die Interventions-Gegner gebrauchten es hingegen häufiger. Am deutlichsten wurde dies in den Argumenten des Erzbischofs Christodoulos, der seine Ablehnung einer griechischen Teilnahme mit der kulturellen Eigenheit Griechenlands als orthodoxes Land begründete (*naming*). Diese Eigenheit teile es mit Serbien, weswegen das Land an der Seite seiner Glaubensbrüder stehen solle. Auch der einflussreiche Komponist Theodôrakis

argumentierte mit den Eigenheiten des griechischen Volkes, auch wenn sie bei ihm nicht nur kultureller Natur, sondern sogar biologischen Ursprungs waren. Daraus bezogen die Gegner einen höheren moralischen Anspruch, der die Verurteilung der Intervention als „Verbrechen“ erlaubte (*signifying*). Über religiöse und historische Argumente wie die Waffenbrüderschaft im Kampf gegen das Osmanische Reich und die faschistischen Mächte Italien und Deutschland wurde von den Gegnern versucht, eine Identifikation der griechischen Bevölkerung mit Serbien herzustellen. Dies gelang zu einem Gutteil, wie die oben genannten Aktionen, wie bspw. das Tragen von Zielscheiben, belegen.

Das Element *Griechenland als unabhängiger Staat* mit der Kehrseite *Griechenland als Spielball großer Mächte* wurde sowohl von den Befürwortern als auch von den Gegnern eines Engagements der internationalen Gemeinschaft verwendet. Die Vertreter der modernistisch-europäischen Diskursformation argumentierten mit der Gleichwertigkeit Griechenlands im Rahmen der internationalen Institutionen, die das Land zum Mitgestalter der Politik auf dem Balkan mache. Durch die Einbeziehung dieser Institutionen werde eine breite Legitimationsbasis für die Politik auf dem Balkan geschaffen und eine Politik weniger Großmächte, die von außen das Schicksal der Balkanhalbinsel – und damit auch das Schicksal Griechenlands – bestimmten, verhindert. Die internationalen Organisationen dienten in der Argumentation der Regierung als Brücke zwischen der griechischen Unabhängigkeit und seiner besonderen Rolle auf dem Balkan (*referencing*). Auch die Argumentationen, die die initiative Rolle Griechenlands bei der Suche nach politischen Lösungen in den Vordergrund stellten, knüpften an dieses Identitätselement an.

Die Gegner hingegen bezogen sich vornehmlich auf die Kehrseite des Elements und stellten Griechenland als einen machtlosen Akteur im Geflecht der internationalen Beziehungen dar. Der Konflikt erschien in dieser Perspektive als Plan der großen Mächte, v. a. der USA und Deutschlands, womit gleichzeitig der in Griechenland virulente Antiamerikanismus, der nicht zuletzt auf diesem Identitätselement gründet, angesprochen wurde. Die wirtschaftlichen und machtpolitischen Interessen dieser Staaten seien der wahre Grund des Krieges. Damit stellten die Gegner das internationale Engagement in die Tradition der Auseinandersetzungen auf dem Balkan aus dem 19. und 20. Jahrhundert (*signifying*).

Gleichzeitig versuchten die Vertreter der antiamerikanisch-nationalen Diskursformation im Zuge der oben gezeigten Identifikation Griechenlands mit Serbien, die Bundesrepublik Jugoslawien als Spielball großer Mächte darzustellen und so das griechische Identitätselement zu übertragen. Dies erfolgte durch den Verweis auf gemeinsame historische Negativerfahrungen mit Großmachtpolitik, wobei hier zu meist auf die deutsche Besatzung angespielt wurde. Als höchster Wert für die internationale und griechische Politik wurde stets die nationale Souveränität – als Garant der Unabhängigkeit eines Landes – angeführt, und die Konsequenzen eines Verstoßes gegen dieses Prinzip in den düstersten Farben ausgemalt.

Auch das Element *Griechenland als bedrohter Außenseiter* findet sich sowohl bei den Befürwortern als auch bei den Gegnern. Die Position des Landes – so die

Befürworter – berge angesichts der Nähe zur Krise große Risiken, denen Griechenland als einziger Staat der EU und der NATO ausgesetzt sei. Aus diesem Grund müsse sich Griechenland verstärkt um eine friedliche Beilegung des Konfliktes bemühen, gutnachbarschaftliche Beziehungen zu allen Staaten der Region pflegen und unter allen Umständen vermeiden, ein „Teil des Problems“ zu werden (*referencing*). Die Forderung der griechischen Regierung nach einer Unantastbarkeit der Grenzen gründete auf diesem Identitätselement, indem der Balkan als eine krisengeschüttelte Region dargestellt wurde, in der jede Veränderung des Status quo zu einer Destabilisierung führen könne. Die Aktivierung dieses Identitätselementes diente den Befürwortern vor allem dazu, das Element der Westbindung zu verstärken. Daneben wurde die doppelte Identität Griechenlands – als Balkanstaat und Teil des Westens – als Chance zur Brückenbildung bezeichnet, die es der Regierung erlaube, aufgrund ihrer vertieften Kenntnis der regionalen Problemstellungen als Vermittler zwischen Serbien und der internationalen Gemeinschaft aufzutreten (*referencing*). Die Bedrohung durch die Türkei spielte in der Argumentation der Befürworter nur eine geringe Rolle, sie wurde kaum erwähnt.

Die Interventionsgegner der antiamerikanisch-nationalen Diskursformation knüpften in verschiedener Hinsicht an das Identitätselement des *bedrohten Außenseiters* an. Die Argumentation mit Bezug auf das orthodoxe Bekenntnis des eigenen Volkes konstruierte eine religiös aufgeladene Außenseiterposition des Landes und ging sogar so weit, eine Bedrohungssituation zu erkennen, wenn etwa vom „Hass der NATO-Staaten gegen die Orthodoxie“ die Rede war. Zudem fanden sich Argumente, die eine Bedrohung durch die Flüchtlingsbewegungen auf dem Balkan sowie die von der NATO verursachten Umweltrisiken ausmachten. Auch sei Griechenland durch eine mögliche Unabhängigkeitsbewegung der türkischen Bevölkerung bedroht, die das Kosovo als Beispiel für zukünftige irredentistische Aktivitäten missbrauchen könnte. Damit versuchten die Gegner, auf das historische Argumentationsmuster der „allgegenwärtigen Bedrohung aus dem Osten“ anzuspielden, dem im griechischen historischen Diskurs eine wichtige Rolle zukommt (*signifying*).

### 2.2.3 Diskurshegemonie

Inwieweit die einzelnen Argumente in der Bevölkerung auf fruchtbaren Boden fielen ist teilweise nachvollziehbar, da es aus der Zeit der Luftangriffe Umfragen gibt und kurz nach dem Untersuchungszeitraum eine Europawahl (13. Juni 1999) stattfand. Die Umfragen zeigen ein gespaltenes Bild: Während beinahe 95 Prozent der Bevölkerung die NATO-Angriffe auf Jugoslawien ablehnten – dieser Prozentsatz ist innerhalb der EU und der NATO unerreicht – befürwortete dennoch eine knappe Mehrheit von etwa 51 Prozent die Politik der Regierung.<sup>103</sup> Die neutrale Haltung gegenüber den Konfliktparteien und die spezifische griechische Position

103 Vgl. Tzanakis, Stefanos: *Alle gegen das Bombardement, einer von zwei gegen Milošević*, in: Ta Nea, 17. April 1999.

innerhalb der NATO – Passivität, ohne eine Gegenposition aufzubauen – wurde von der Mehrheit der Bevölkerung begrüßt. Immerhin die Hälfte der Bevölkerung wies Milošević die Verantwortung für die Menschenrechtsverletzungen im Kosovo zu, demgegenüber vertraten mehr als 20 Prozent die Ansicht, dass die albanische Bevölkerung im Kosovo nicht in ihren Rechten eingeschränkt werde.<sup>104</sup> Einen Austritt Griechenlands aus der NATO befürworteten 26 Prozent, während sich 53 Prozent für einen Verbleib in der Allianz aussprachen.<sup>105</sup> In einer anderen Umfrage befürworteten nur etwa acht Prozent die Politik der Regierung und 56 Prozent waren der Ansicht, dass Griechenland sein Veto in der NATO gegen die Angriffe hätte einlegen sollen. Beinahe 70 Prozent verlangten, dass der amerikanische Präsident als Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt werden sollte.<sup>106</sup>

Bei den Wahlen zum Europaparlament wurde die ND mit 35,99 Prozent stärkste Partei mit mehr als drei Prozent Vorsprung vor der PASOK (32,86 Prozent). Damit stimmten fast 70 Prozent der Wähler für die beiden Parteien, die die modernistisch-europäische Diskursformation stützten. ND und PASOK hatten sich bemüht, den Kosovo-Konflikt weitgehend aus dem Wahlkampf herauszuhalten. Die kleinen Parteien konnten Gewinne verzeichnen, was auch daran gelegen haben mag, dass sie den Konflikt stärker in den Mittelpunkt ihrer Kampagnen stellten: Die KKE erreichte 8,68 Prozent, die DÍKKI 6,87 Prozent und der SYN 5,17 Prozent der Stimmen.<sup>107</sup> Angesichts der Umfragedaten und des Wahlergebnisses, das zwischen einer deutlichen Stärkung für die Interventionsgegner und einer Verurteilung der Interventionsdulder schwankt, fällt eine Beurteilung der Diskurshegemonie schwer. Doch die von der modernistisch-europäischen Diskursformation und hier vor allem von der griechischen Regierung häufig benutzten Argumentationsmuster – Bündnistreue und die griechische Besonderheit als Balkanstaat – erfuhren im Gesamtdiskurs breite Resonanz. Ein ausgeprägter *élite-mass split* ist insofern nicht erkennbar, auch wenn der in der Bevölkerung omnipräsente Antiamerikanismus und die betonte Solidarität mit Serbien in der Regierungsrhetorik keinen Niederschlag fanden.

Das Verhalten der Regierung bewegte sich während des gesamten Konflikts innerhalb des identitär gedeckten Rahmens, weil die zu Beginn gewählte Linie, sich nicht an kriegerischen Aktivitäten zu beteiligen und zugleich EU und NATO nicht zu blockieren, die wichtigsten Identitätselemente in der Balance hielt: *Griechenland als unabhängiger Staat* und *Griechenland als Teil des Westens/Europas*. Gleichzeitig war dieser schmale Grat auch der einzige Weg, den die griechische Regierung beschreiten konnte, ohne in der Öffentlichkeit massiv an Rückhalt zu verlieren. Eine Teilnahme an den Luftschlägen hätte es als *Spielball der großen Mächte* entlarvt, während umgekehrt eine offene Unterstützung Serbiens und Desavouierung der westlichen Partner Griechenlands Zugehörigkeit zum *Westen* diskreditiert hätte. Die

104 Vgl. ebd.

105 Vgl. Tzanakis, Stefanos: *Nein zu Erleichterungen für die NATO sagen 57 Prozent*, in: Ta Nea, 19. April 1999.

106 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. Juni 1999.

107 Vgl. Athens News Agency, 15. Juni 1999.

griechische Identität wird so zum Schlüssel für das rätselhafte Verhalten Athens während des Konflikts. Dies wird auch daran ersichtlich, dass die Regierung besonders in der Phase vor den Luftschlägen und danach diplomatisch aktiv war und sich während der NATO-Angriffe weitgehend bedeckt hielt. Erst der Waffenstillstand und der Stabilitätspakt für Südosteuropa ermöglichten es der Regierung, sich wieder international aktiv einzubringen. Während der Luftschläge waren lediglich vorsichtige Versuche der Vermittlung möglich.

Die Hauptargumentationslinie der modernistisch-europäischen Diskursformation, dass der griechische Kurs eine konstruktive Rolle bei der Konfliktlösung ermöglichen würde ohne dass außenpolitische Abenteuer vonnöten seien, war in der innenpolitischen Auseinandersetzung glaubwürdig. Die Hervorhebung der Mitgliedschaft in EU und NATO – bei weitgehender Ausblendung der USA im Diskurs – erlangte in der Bevölkerung Anerkennung. Diese hatte das internationale Echo auf die Mazedonienpolitik noch frisch in Erinnerung, obwohl die proserbischen und antiamerikanischen Reflexe zuverlässig funktionierten. Der ruhige Stil der wichtigsten Diskurs-träger der Regierung sowie die Unterstützung durch die größte Oppositionspartei machten es möglich, die schrillen Äußerungen der Interventionsgegner als extrem einzuordnen und die Unterstützung der Bevölkerung für den Regierungskurs zu sichern.

Ein Wandel der griechischen Identität war im Kosovo-Konflikt nicht zu verzeichnen. Es ist stattdessen davon auszugehen, dass das Verhalten der Regierung und der Verlauf des Konflikts zu einer Festigung der Identität geführt haben. Das Element *Griechenland als Teil des Westens/Europas* wurde gestärkt, indem es der modernistisch-europäischen Diskursformation gelang, dies als Bekräftigung der positiven Seite des Identitätselements *Griechenland als unabhängiger Staat/Griechenland als Spielball der großen Mächte* zu deuten und gleichzeitig die Abschwächung der Bedrohungswahrnehmung damit zu verbinden.

### 3. Literatur

- Auernheimer, Gustav (1999): *Der Kosovokonflikt und die griechische Öffentlichkeit*, in: Südosteuropa 48:7-8, S. 389-400.
- Carras, Costa (2003): Greek Identity: A long View, in: Todorova, Maria (Hg.): *Balkan Identities: Nation and Memory*, London: C. Hurst & Company, S. 294-326.
- Clogg, Richard (1987): *Parties and Elections in Greece. The Search for Legitimacy*, London: C. Hurst & Company.
- Dalis, Sotiris/Valinakis, Yiannis (Hg.) (1996): *Die Skopje-Frage. Anerkennungsversuche und die griechische Haltung. Offizielle Dokumente 1990-1996*, Athen: Sideris. (in griechisch)
- Featherstone, Kevin (1990): Political Parties and Democratic Consolidation in Greece, in: Pridham, Geoffrey (Hg.): *Securing Democracy: Political Parties and Democratic Consolidation in Southern Europe*, London/New York: Routledge, S. 179-202.
- Fotopoulos, Takis (Hg.) (1999): *Die neue Ordnung auf dem Balkan. Der Krieg und die globalisierte Marktwirtschaft*, Athen: Stachu.

- Karamanlis, Kostas (2000): *Greece: The EU's Anchor of Stability in a Troubled Region*, in: The Washington Quarterly 23:2, S. 7-11.
- Katsioulis, Christos (2003a): Griechische Außenpolitik – Auf der Suche nach Kontinuität, in: Joerßen, Britta/Stahl, Bernhard (Hg.): *Europäische Außenpolitik und nationale Identität. Vergleichende Diskurs- und Verhaltensstudien zu Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien und den Niederlanden*, Münster et al.: LIT Verlag, S. 66-81.
- Katsioulis, Christos (2003b): *Die griechische außenpolitische Identität im Namenskonflikt mit Mazedonien und im Kosovo-Krieg*, Studien zur Deutschen und Europäischen Außenpolitik, 10/2002, <http://www.deutsche-aussenpolitik.de/resources/monographies/katsioulis.pdf> [9.11.2008].
- Korisis, Hariton (1981): *Das politische System Griechenlands. Strukturprobleme einer Demokratie*, Hersbruck: Pfeiffer Verlag.
- Lyrantzis, Christos (2005): *The Changing Party System: Stable Democracy, Contested „Modernisation“*, in: West European Politics 28:2, S. 242-259.
- Makrides, Vasilios (1991): *Aspects of Greek Orthodox Fundamentalism*, in: Orthodoxes Forum 5, S. 49-72.
- Michas, Takis (2003): *Unholy Alliance: Greece and Milosevic's Serbia*, Athen: Elati. (Griechische Ausgabe)
- Oikonomou, Elias (1993): *Foundations, Doctrine, and Politics of the Eastern Orthodox Church*, in: Mediterranean Quarterly 4:1, S. 57-70.
- Papagiannopoulos, Ilias (1999): Die orthodoxe Kirche als innenpolitischer Faktor in Griechenland, in: Rill, Bernd (Hg.): *Griechenland: Politik und Perspektiven*, München: Hanns Seidel Stiftung, S. 23-30.
- Pappas, Takis (2003): *The Transformation of the Greek Party System Since 1951*, in: West European Politics 26:2, S. 90-114.
- Paraschos, Manolis (1995): The Greek Media Face the Twenty-first Century: Will the Adam Smith Complex Replace the Oedipus Complex?, in: Conostas, Dimitri/Stavrou, Theofanis (Hg.): *Greece Prepares for the Twenty-first Century*, Washington: Woodrow Wilson Center Press, S. 253-266.
- Richter, Heinz (1984): Zwischen Tradition und Moderne: Die politische Kultur Griechenlands, in: Reichel, Peter (Hg.): *Politische Kultur in Westeuropa. Bürger und Staaten in der Europäischen Gemeinschaft*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 145-166.
- Roudometof, Victor (1996): *Nationalism and Identity Politics in the Balkans: Greece and the Macedonian Question*, in: Journal of Modern Greek Studies 14:2, S. 253-301.
- Sarantidou, Niki (2000): *Die griechische Außenpolitik in den frühen 90er Jahren: Bestimmungsfaktoren, Konflikte und Ergebnisse*, Bern et al.: Peter Lang.
- Stavrou, Theofanis (1995): The Orthodox Church and the Political Culture in Modern Greece, in: Conostas, Dimitri/Stavrou, Theofanis (Hg.): *Greece Prepares for the Twenty-first Century*, Washington: The Woodrow Wilson Center Press, S. 35-58.
- Tsakalidis, Georgios (1999): *Das politische System Griechenlands nach 1974*, Münster: LIT Verlag.
- Tziampiris, Aristotle (2003): Greece and the Balkans in the Twentieth Century, in: Couloumbis, Theodore/Kariotis, Theodore/Bellou, Fotini (Hg.): *Greece in the Twentieth Century*, London/Portland: Frank Cass, S. 136-154.
- Veremis, Thanos/Koliopoulos, John (2003): The Evolving Content of the Greek Nation, in: Couloumbis, Theodore/Kariotis, Theodore/Bellou, Fotini (Hg.): *Greece in the Twentieth Century*, London/Portland: Frank Cass, S. 13-30.
- Zervakis, Peter (2001): Griechenland, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration*, Bonn: Europa Union Verlag, S. 345-350.

